Posener Tageblatt

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50 % mehr. Ausland 100 % Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6275, 6105. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 212822 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutschland: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań

70. Jahrgang | Mittwoch, 11. Februar 1931 | Nr. 33

Heute:

Neue Steuerzuschläge

Warschau, 9. Februar. Der Finanzminister hat heute im Sejm einen Gesetzentwurf über die Eintreibung 10proz. Zuschläge zu gewissen Steuern und Stempelabgaben eingebracht. Es handelt sich faktisch um eine neue Steuer, die von der Regierung eingeführt wird. Bisher ist seit dem Jahre 1926/27 im Finanzgesetz vom Sejm alljährlich ein 10proz. Zuschlag beschlossen worden. Jetzt verlangt der Regierungsentwurf: 1. Stabilisierung dieser Steuer, d. h., daß eine Reihe von Steuern eine ständige Erhöhung von 10 Proz. erfährt; 2. daß diese 10proz. Steuer auch auf die Einkommensteuer von Dienstgehältern ausgedehnt wird. Auf diese Weise erzielt die Regierung für das Jahr 1931/32 9 Millionen zł, während alle, die ein Gehalt beziehen und aus diesem Titel Einkommensteuer zahlen, mit 10 Proz. belastet werden. Die plötzliche Einbringung dieser Steuervorlage — das Schreiben des Finanzministeriums ist vom 6. Februar datiert — hat in politischen Kreisen und im ganzen Sejm großen Eindruck gemacht.

Lehrreiche Plauderei

In der „Gazeta Polska" finden wir folgende amüsante Plauderei:

„Der bekannte englische Publizist Ketchum, Korrespondent des „Daily Expreß", über dessen interessante Eindrücke aus Sowjetrußland wir an anderer Stelle referieren, hat sich in einem seiner Artikel erlaubt, einige Bemerkungen über Polen zu machen. Wir würden diese Angelegenheit nicht berühren — es ist Herrn Ketchum erlaubt, mit unseren Verhältnissen unzufrieden zu sein! —, wenn nicht der Schlußabsatz wäre, in dem er den Engländern den Rat gibt, unser ungastliches Land zu umgehen und nach Rußland über Lettland zu reisen, welches die Ausländer mit großer Courtoisie behandelt. Was ist denn dem englischen Journalisten zugestoßen, daß er so verbittert über unser Land schreibt? Nicht mehr und nicht weniger, als daß er Zeuge war, wie Personen, die von Deutschland kamen und nicht das polnische Visum besaßen, mit Gewalt (wenn nötig, fügt der Verfasser hinzu) aus den Wagen gezogen wurden, um bis zum Morgen auf einer kalten Station (an anderer Stelle im Stationsrestaurant) gehalten und, nachdem der Paß mit dem Stempel „Nach Berlin zurückschicken" versehen worden ist, mit dem Morgenzuge 4,20 Uhr nach Deutschland zurückgeschickt zu werden. Aber das ist noch nicht alles; denn diese barbarische Zeremonie geht unter Begleitung eines Gebrumms von 3 Soldaten vor sich: **„Wir werden euch lehren, daß Polen auch auf der Landkarte ist!"**

Aber damit haben die Qualen kein Ende, denen die Ausländer in Polen ausgesetzt sind . . . Es genügt, daß sich der Moskauer Expreß auch nur um eine Stunde verspätet, und die Passagiere gezwungen sind, stundenlang auf einer kleinen, dunklen Station zu warten, um dann ihre Reise in einem sekundären oder terziären Zuge, ohne Speisewagen, zu machen. Und das in Zeiten, wo wir den Völkerbund haben! Also empört sich Herr Ketchum.

Und was wollten Sie, lieber Herr Ketchum? sagt nun die „Gazeta Polska". Sollen wir „in Zeiten, wo wir den Völkerbund haben" und zu beiden Seiten im besten Falle — mißgünstige Nachbarn, die Visa aufheben oder besondere Rücksichten denjenigen gegenüber zeigen, die vergessen haben, daß sie, wenn sie über Bentschen nach Moskau fahren wollen, durch polnisches Gebiet reisen müssen? Oder sollen die Züge auf unserer Grenzstation höflich warten, bis der Moskauer Zug einzutreffen geruht? Das sind zumindest übertriebene Forderungen. Vielleicht ist es wirklich besser, wenn solche Leute unser Land umgehen, für das sie von vornherein einen mißgünstigen Blick haben . . ."

Damit ist das Problem gelöst!

Scharfe Worte

Die Erregung im Sejm

Die Opposition kritisiert — Aufgeregte Gemüter — Ohrfeigen

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 10. Februar.

Der Sejm hat auch am gestrigen Tage seine Rekordarbeit am Budget fortgesetzt und den Haushalt des Innenministeriums sowie des Justizministeriums besprochen. Begreiflicherweise war die Aussprache über das Innenministerium überaus lebhaft und umfaßte alle Fragen, die in den letzten Monaten das starke Interesse des Volkes erregt haben. Man sprach also über die Wahlen, Brest-Litowsk und die Selbstverwaltungen sowie über das wichtige Problem der Unabhängigkeit des Gerichtswesens. Der Verlauf der Debatte über Innen- und Justizministerium gab so fast allen Vertretern der wichtigsten polnischen Parteien Gelegenheit, ihre Auffassungen zu diesen bedeutendsten Problemen, die das heutige Polen bewegen, zu formulieren.

U. a. erledigte man auch das Budget des Verkehrsministeriums, ohne daß es aber hierbei zu irgendeiner Aussprache gekommen wäre. Die Stimmung im Sejm war ebenso wie in der vorgestrigen Sitzung auch gestern ziemlich erregt. Am Büfett kam es zu einem viel bemerkten Zusammenstoß, der einen neuen Beweis dafür liefert, wie weit die Erregung der Geister um sich gegriffen hat. Im vorgestrigen „Robotnik" war nämlich eine Notiz erschienen, worin der Abg. des Regierungsblocks Kleszczyński wegen seiner bekannten Aeußerung, daß man in Brest-Litowsk noch zu wenig geschlagen habe, der polnische „Puryszkiewicz" genannt wurde. Kleszczyński eilte darauf gestern mittag auf den Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion und Chefredakteur des „Robotnik", Abg. Niedziałkowski zu und warf ihm vor, daß er ihn in seinem Blatt beleidigt hätte. Niedziałkowski antwortete hierauf, daß ihm hiervon nichts bekannt sei, worauf Kleszczyński schrie: **„Sie sind ein Schurke und Verleumder!"** und ihn zweimal ohrfeigte. Niedziałkowski suchte nervös in seiner Brieftasche, zog eine Karte heraus und warf sie auf den Tisch, an dem inzwischen Kleszczyński Platz genommen hatte, womit er offenbar andeuten wollte, daß er **Satisfaktion** verlangen werde. Am Abend erschien aber ein kurzes sozialistisches Kommunikat, in dem Niedziałkowski verboten wurde, die Satisfaktion auf dem Ehrenweg zu erstreben und ihm angeraten wurde, die Angelegenheit vor dem gewöhnlichen Gericht zu erledigen.

In der Debatte über das Innenministerium wäre zunächst eine Rede des Abg. Fijałkowski bemerkenswert, der besonders betonte, daß sich die Bürger des polnischen Staates ihrer Freiheiten beraubt fühlten. Er nannte Polen einen Polizeistaat und zählte eine Reihe von Beispielen ungerechter Einflußnahme der Polizeiorgane auf den Ablauf des täglichen Lebens auf. In Polen sei es schon so weit, meinte er, daß Minister Składkowski keine soziale Organisation dulde, an deren Spitze nicht der Starost stünde. Die Starosten seien heute Präsidenten der Feuerwehr, der landwirtschaftlichen und wohltätigen Gesellschaften und aller Bürgerkomitees. Fijałkowski sprach dann über die bekannten Wahlvorfälle und erklärte, daß die polnischen Wahlen nichts anderes als ein großes Verbrechen gewesen seien, das am Recht verübt worden sei, und dies werde eben in Polen nur deshalb geduldet, weil nicht das Recht, sondern die Macht herrsche. Die gegenwärtige Regierungsmehrheit müsse man als Delegierte der Verwaltung betrachten und nicht als Erwählte der Nation.

Der Sozialist Żuławski nannte das ganze Budget eine Art Dispositionsfonds der Regierung. Dieses Budget trage einen typischen Polizeicharakter. Żuławski beschwerte sich dann über das zunehmende Eindringen des Spitzelwesens in das politische Leben und fragte, wer denn diese ungeheure Menge von Konfidenten eigentlich bezahle. Der Regierung rief er dann zu:

„Ihr seid stark, aber Polen ist schwach. Je stärker die Regierung, desto schwächer unser Staat. Ihr sagt, daß die Internationale den polnischen Namen schädige. Die Internationale aber wiederhole nur das, was Minister Składkowski tatsächlich gemacht habe. In Genf desavouiere Minister Zaleski die Politik des Minister Składkowski. Vielleicht wäre es besser, wenn Składkowski selbst nach Genf führe."

Innenminister Składkowski nannte Brest, die Pazifizierung Ostgaliziens und die Wahlen die drei Ballons, mit denen die polnischen Oppositionspolitiker nicht ungeschickt jonglierten. Seine weiteren Ausführungen galten dann dem **Beweis, daß die Tätigkeit der Linken vor und nach dem Kongreß staatsfeindlich gewesen wäre. Składkowski blickt ruhig auf die gegenwärtige politische Lage und behauptet, daß Polen sich unter der Führung des Genies des Marschalls Piłsudski günstig entwickle.**

In der darauf folgenden Aussprache über das Justizministerium erklärte Nowodworski vom Nationalen Klub, daß er ernste Sorge um die Unabhängigkeit der polnischen Gerichte habe. Er klagte über die Stellungnahme des gegenwärtigen Justizministers und gab der Befürchtung Ausdruck, daß das polnische Gerichtswesen auf Irrwegen seiner Tradition untreu werden müsse. Ein Gerichtswesen auf Irrwegen bedeute den Untergang des Staates.

Damit war die gestrige Sejmsitzung beendet. Heute mittag wird der Sejm wieder zusammentreten, um die noch übrig bleibenden Budgets, Unterricht, Finanzen und Staatsschulden, zu besprechen. Es ist also möglich, daß heute die Aussprache beendet wird **und man schon am Mittwoch zur Abstimmung schreitet.**

Taraszkiewicz verhaftet

Warschau, 10. Februar.

Wie der **„Kurjer Poranny"** meldet, ist in Dirschau der ehemalige weißrussische Abgeordnete Taraszkiewicz, als er dort, von Danzig kommend, in einen Rigaer Zug einsteigen wollte, von einem polnischen Kommissar verhaftet worden. Taraszkiewicz, der bekanntlich im Hromada-Prozeß eine so große Rolle gespielt hat, wollte angeblich in einer Sondermission nach Moskau fahren, um, wie das Blatt berichtet, in Weißrußland Diversionsbanden zu organisieren. Im Zusammenhang damit werden zahlreiche Revisionen und Verhaftungen erwartet.

Worte aus der Debatte

Die Sejmdiskussion über das Budget des Innenministeriums war reich an sehr bedeutsamen Momenten. Eine große Rede hielt der Sozialist Żuławski, der u. a. folgendes sagte: „Ihr liebt es, euch mit Batory zu vergleichen. Dabei tut Ihr euch hinsichtlich der Beurteilung eurer Stärke Unrecht an. Zum Vergleich ist vielmehr irgendeine russische Regierung von Iwan dem Schrecklichen bis zu Stalin heranzuziehen; denn das stimmt eher mit der Festlegung einer großen Macht beim Mangel an Verantwortung für die Taten überein."

Der **Innenminister** warf den **Nationaldemokraten** vor, daß sie die **Ukrainer verteidigten** und die Regierung einer **Bedrückung der Deutschen in Polen anklagten.** Der Minister sagte: **„Ich stelle mir die Frage, ob es sich hier um eine Verwirrung der Begriffe oder um ein großes Mißverständnis handelt. Gleich kann ich das Geheimnis lüften: Es ist ein politischer Karneval, es ist der altpolnische Fasching und ein Maskenball. Ich wünsche den Herren, daß sie sich gut amüsieren, aber intensiv und schnell muß das sein; denn nach dem Karneval kommt Aschermittwoch, und der politische Aschermittwoch kommt, wenn er zurückkehrt. Wer zurückkehrt, will ich nicht sagen, um das Fest nicht zu stören."**

Dann besprach er ausführlich den Krakauer Kongreß und schloß mit einer Apotheose auf Marschall Józef Piłsudski, dessen Epoche er mit der Epoche des Kanzlers Zamoyski verglich.

Die Rolle des Marschalls streifte auch General Galica.

Es gibt Leute," sagte er, „die auf seinen Tod warten. **Aber rechnet nicht darauf, denn er wird** nicht die Augen schließen, **bevor er nicht den Streithammeln in Polen mit irgendwelchen Mitteln den Hals umgedreht hat.** Wenn er nicht jetzt **äußerste Mittel** angewandt hat, so geschah es nur deshalb, weil er den **inneren Krieg gewonnen** hat und seit der Zeit auf **legalem Wege** unser Vaterland baute."

Der neue deutsche Gesandte

Wie die polnische Presse aus Berlin meldet, hat die deutsche Regierung dem deutschen Reichspräsidenten die Ernennungsurkunde für den neuen deutschen Gesandten in Warschau, Herrn Dr. Adolf von Moltke, zur Unterschrift überreicht. Die Unterzeichnung der Urkunde und die Ankunft des neuen deutschen Gesandten in Warschau ist für die allernächste Zeit vorgesehen.

Glossen

Die Lüge. Die in Allenstein erscheinende „Gazeta Olsztyńska" lügt weiterhin lustig darauf los. Niemand berichtigt das Blatt, das vor keiner Verleumdung zurückschreckt. Wir wollen nicht darüber reden, daß alle Augenblicke in der polnischen Zeitung in Deutschland ein Artikel erscheint, der von „deutschen Rüstungen" faselt. Das Blatt verleumdet ganz bewußt, um das Stichwort zur Deutschenhetze in Polen zu geben. So finden wir in der Ausgabe Nr. 33 vom 10. Februar wiederum einen Artikel, der „von dem deutschen Militarismus" Räubergeschichten erzählt. Zwar wird ganz bescheiden festgestellt, daß der berüchtigte Herr Förster in seiner ebenso berüchtigten „Zeit" diese Dinge festgestellt habe. Herr Förster ist gar nicht in Deutschland und steht in fremdem Sold, das ist nun nachgerade bekannt genug. Sein „Pazifismus" ist von so widerlicher Art, daß darauf näher gar nicht eingegangen werden kann. Er als „Deutscher" macht nämlich sein Vaterland verächtlich, indem er es verdächtigt und beschuldigt, während er den Militarismus der anderen nicht entdeckt.

Besonders bedeutsam für die Lügenpropaganda, die das Allensteiner polnische Blatt treiben darf, ist eine Darstellung über den verhafteten Flieger Gruse. Dort wird alles das behauptet, was den Flieger angeblich belastet, ja es wird einfach selbst das unterschlagen, was die polnische Presse richtigstellend gebracht hat, nämlich daß es überhaupt keine Verdachtsmomente gegeben hat und daß der deutsche Flieger aus diesem Grunde freigelassen werden mußte. Die „Gazeta Olsztyńska" schämt sich nicht, in der Schlußbemerkung nach den aufgetischten Lügen zu sagen: „Trotz aller dieser den deutschen Flieger so schwer belastenden Tatsachen haben ihn die polnischen Behörden auf freien Fuß gesetzt." Nur von Lüge und Verleumdung lebt das Blatt, es hat nicht den Mut, die Wahrheit zu bekennen . . .

*

Vom Gemüt. In Graudenz erscheint eine Zeitung „Goniec Nadwiślański". In ihrer illustrierten Sonntagsbeilage, also zur Erbauung der festtäglich gestimmten Gemüter, hat dieses Blatt eine neue „Rota" veröffentlicht, die das berüchtigte polnische Hetzlied gegen die Deutschen noch zu überbieten versucht. Der Refrain der ersten Strophe, in der davon die Rede ist, daß der Kreuzritter die polnischen Fluren nicht verletzen werde, und daß wir der „Hydra den Kopf zertreten werden", wenn er es dennoch wagen würde, lautet: „Im Keime werden wir den preußischen Kram (!) vernichten, wozu Gott helfen wird." Die dritte Strophe beginnt mit den „starken" Worten: „Wenn das germanische Scheusal (germański potwór) die Erde der Piasten entehren wollte", dann werden wir, so heißt es weiter, „auf den Barrikaden unserer Körper erwürgen (wydusim) das preußische Geschlecht (pruskie plemie)". Und im vierten und letzten Verse sagt der zart empfindende Autor, daß „wir für den kreuzritterlichen harten Nacken das Schwert haben". Und zu alledem soll laut Kehrreim aller Strophen Gott helfen! A la Konopnicka: „Bóg domoże nam." (Gott helfe uns.) Die Zeitung empfiehlt dieses Lied zur „allgemeinen Verbreitung".

*

Ungarn und seine deutsche Minderheit. Graf Bethlen hat während seines kürzlich erfolgten Besuches in Wien nochmals auf den ernsten Willen der ungarischen Regierung hingewiesen, das deutsche Minderheitenrecht zu achten und mit allen Mitteln zu schützen. Er führte aus:

„Oesterreich und Ungarn knüpfen aber nicht nur wirtschaftliche Zusammenhänge und gemeinsame politische Interessen aneinander. Wie ich schon anläßlich meines Berliner Besuches betont habe, bildet die deutsche Minderheit in Ungarn ein starkes Bindemittel zwischen der deutschen und der ungarischen Nation. Dasselbe gilt auch für Oesterreich und Ungarn. In Berlin und anderwärts habe ich mich in nicht mißzuverstehender Weise dahin geäußert, es sei ein eminentes Interesse der ungarischen Nation, daß die deutsche Minderheit sich hier so gut fühle wie unter den Angehörigen ihrer Rasse. Diese Auffassung wird auch in Zukunft die Minderheitenpolitik in Ungarn leiten. Wenn aber den Minderheiten in ihrer Gesamtheit oder einzeln ein Unrecht widerfährt, das den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, so wird die ungarische Regierung dieses Unrecht ahnden, und zwar mit derselben Strenge, als wenn irgend ein anderes Gesetz oder eine andere Verordnung verletzt worden wäre."

Diese Worte sind um so mehr zu begrüßen, als sie in einem Augenblick erfolgen, in welchem wieder schwere und berechtigte Klagen über Versuche laut geworden sind, Deutsche, die für das Recht ihres Volkes auf die eigene Muttersprache eintreten, durch gesellschaftliche Aechtung unmöglich zu machen.

Die Schweiz und der Ordenssegen

Für die roten Bändchen im Knopfloch ist jetzt in der Schweiz schlecht Wetter. Am 8. Februar wird das Volk aufgerufen, ihnen den Garaus zu machen. „Orden, Pensionen und Titel“ sagt zwar der Verfassungsartikel. **Aber er meint die Ehrenlegion.** Das weiß jedermann. Für Napoleon zählte seine Ehrenlegion höchstens 6000 Mann. Aber bis zum Ausbruch des Weltkrieges wurden daraus zehn Legionen. Und nach dem Ausbruch des gegenwärtigen Friedens stieg die Zahl der Ehrenlegionäre auf 146 000 „Mann“ (es sind auch Frauen darunter).

Ein rascher Ueberschlag ergab, daß im Offizierkorps der schweizerischen Armee 2000 Ehrenlegionäre steckten. Und es war ein peinlicher Augenblick für den Patrioten, als man, mitten im Krieg, Gelegenheit zum Rätselraten darüber erhielt, ob der Bundespräsident — er hieß Ador — das Legionskreuz nach Paris zurückzusenden habe oder nicht. Wenn selbst der waadtländische Staatsrat an das kantonale Parlament von Schritten zu berichten weiß, „vor denen schweizerische Bürger nicht zurückschreckten, um eine Auszeichnung (Ehrenlegion) zu erhalten, die ihre Berühmtheit allein ihnen nicht zu verschaffen imstande sei“, und man weiß, daß schon der erste Anlauf gegen die Ordensbänder in der Verfassung von 1848 von derselben Seite stammt, ahnt man die recht realpolitischen Untergründe, die dem Feldzug gegen die Bändchen Bedeutung geben.

„Der fremde Einfluß auf die Schweiz setzte immer dann mit Macht ein, wenn wir etwas hatten, das für die Nachbarn erwünscht war oder nützlich werden konnte“, schreibt ein Leitartikler. Ungefähr seit Ludwig dem Elften in Frankreich auf den Gedanken gekommen, daß sich die Verleihung von Geschenken, Orden, Titeln und schließlich regelmäßigen Pensionen an einflußreiche Schweizer lohne. Im Grunde hat er ja die Beseitigung des Herzogs Karl von Burgund recht billig erkauft. Nur daß die übrigen Großen Europas sein Beispiel allzu leicht nachahmen konnten. Denn wenn in Solothurn und Bern die Franzosen festsaßen, machten in der Innerschweiz sich der Papst und die Mailänder, in Graubünden etwa die Oesterreicher heimisch. In der Regel kämpften die Gesandten verschiedener Staaten an ein und demselben Ort mit ihren Golddukaten und Adelstiteln gegeneinander, um ihren Werbern freie Bahn zu schaffen. Und auf den Schlachtfeldern der Lombardei schlugen sich dann die Eidgenossen gegenseitig die Köpfe wund, auf Rechnung fremder Herrschaften und — der ordengeschmückten Ratsherren zu Hause. Der Meinungskauf geschah ganz offen, und die Familien des Patriziats waren bekannt als französisch, mailändisch, päpstlich, österreichisch. Noch überrascht etwa eine altrömische oder napolitanische Lithographie in einem Bauernhaus den Besucher und erinnert an jene Zeit, da dies Bild von einem reislaufenden Sohn der Familie heimgebracht worden.

Bei alledem wäre aber nicht zu vergessen, daß seit dem wackern Toggenburger Bauernsohn und Reformator Huldreich Zwingli der Kampf gegen die ausländische Bestechung im Evangelium des Fortschrittes gestanden hat. So brachte denn die blutig erkämpfte 48er Verfassung den Artikel 12, der bestimmte, daß den Behörden des Bundes, Räten und Kommissären, die Annahme ausländischer Geschenke, Pensionen, Titel und Orden verboten sei. Und die Verfassung von 1874 dehnte diese Bestimmung auf alle Angehörigen der Armee aus. Man maß dann freilich der ganzen Bestimmung wenig Wert mehr bei und hielt sie für eine demokratische Verzierung. Bis die Verhältnisse im Weltkrieg und der Streit um die Genfer Freizonen die Angelegenheit in eine neue Beleuchtung setzten. Als die Genfer die Beobachtung machen mußten, daß ihre mit dem Ehrenlegionsbändchen geschmückten Mitbürger sich im Zonenhandel passiv hielten, da war es die französischeste Stadt der Schweiz, die einen Volksentscheid gegen das Ordenswesen unternahm, nichts geringeres als das absolute und für jeden Schweizer geltende Verbot der Ordensannahme verlangend. Zuwiderhandlung sollte mit Entzug der bürgerlichen Rechte bestraft werden. Wie man sieht: eine saubere klare Lösung. 75 000 Schweizer unterschrieben im ersten Anlauf. Nun — dem Bundesrat ging das zu weit. Er fürchtete das Wiederaufbrechen des Grabens zwischen Welsch und Deutsch. Es gibt noch zu viele Bändchen. In seinem Entwurf dehnt er das Verbot auf die Kantonsregierungen aus, womit alle „Regierungsfähigen“ dann erfaßt wären. Der Entwurf wurde Bundesbeschluß, man zog die Initiative der Genfer zurück. Diesen Beschluß hat das Volk gutzuheißen oder zu verwerfen.

Das Ergebnis

Das schweizerische Volk hat gestern mit rund 289 000 gegen rund 122 000 Stimmen und mit 17 zustimmenden gegen 5 ablehnende Kantone eine Ausdehnung des in der Bundesverfassung enthaltenen Verbots der Annahme ausländischer Orden auf einen weiteren Kreis der im öffentlichen Leben stehenden Personen angenommen. Man erwartet, daß auf Grund des Ergebnisses die auswärtigen Regierungen hinsichtlich der Ordensverleihungen nunmehr größere Zurückhaltung üben werden.

Die Einbrecher mit dem Diplomatenauto verhaftet

Berlin, 10. Februar. (R.) Die Diebeskolonne, die, wie gemeldet, in der Nacht zum Sonntag den Kraftwagen eines Attachés der spanischen Botschaft stahl und später einen Einbruch in ein Radiogeschäft in Berlin-Wilmersdorf verübte, ist von der Polizei ermittelt und festgenommen worden. Der 20 Jahre alte Walter Koschatzky war bei dem Einbruch von dem Ladeninhaber angeschossen und ernstlich verletzt worden und mußte von seinem Komplizen in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden, wo er von der Polizei ermittelt wurde. 2 Mittäter konnten gestern Abend in einem Lokal in der Frankfurter Allee und das vierte Mitglied der Kolonne heute früh in seiner elterlichen Wohnung festgenommen werden. Es handelt sich bei allen vier um junge Burschen von wenig mehr als 20 Jahren.

Abg. Jankowski über die soziale Gesetzgebung

Arbeit und soziale Fürsorge

Die Not in Oberschlesien

Rede des Abg. Jankowski vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Budget des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge, gehalten am 7. Februar 1931.

Hohes Haus! Wenn ich als Vertreter des Deutschen Klubs zu diesem wichtigen Ministerium das Wort ergreife, so tue ich es nicht deshalb, um die Tätigkeit dieses Ministeriums nur zu kritisieren, sondern um die Wünsche und Forderungen eines der wichtigsten und wertvollsten Gebiete auf sozial-arbeitsrechtlichem Gebiete vorzubringen.

Es trifft zu, daß in der sozialen Gesetzgebung in Polen erhebliche Fortschritte gemacht worden sind. Doch muß die soziale Gesetzgebung in Oberschlesien von ganz anderen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Die Struktur dieses Gebietes weicht wesentlich ab von den übrigen Gebieten Polens. Die werktätige Bevölkerung hat eine höhere Kultur, einen höheren Lebensstandard, und deshalb muß auch die soziale Gesetzgebung fortschrittlicher sein.

Die Tendenz des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge geht dahin, die soziale Gesetzgebung in ganz Polen einheitlich zu gestalten. Vom verwaltungstechnischen Standpunkt aus betrachtet, ist das sehr verständlich. Der Deutsche Klub wird jedoch diese Vereinheitlichung ablehnen, weil sie gleichbedeutend ist mit einer Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung in Oberschlesien. Mit Genugtuung haben wir festgestellt, daß durch die Verordnung des Staatspräsidenten vom 29. 11. 1930 Dz. Ust. Nr. 81 die oberschlesischen Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen nicht betroffen wurden, vielmehr ihnen ihre Selbstverwaltung erhalten wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich das Ministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge ersuchen, Schritte zu unternehmen, zwei Gesetze auf Oberschlesien auszudehnen, welche im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegen. Es ist dies zunächst das Gesetz über den 8-Stundentag. Sofort nach der Zuteilung Oberschlesiens an Polen hat der schlesische Sejm die Regierung ersucht, dieses Gesetz auf Oberschlesien auszudehnen. Dieser Antrag ist wiederholt erneuert worden. Nach fast 9jähriger Zugehörigkeit zu Polen ist dieses noch nicht geschehen. Das bedeutet ein großes Unrecht einem Gebiete, einer Arbeiterschaft gegenüber, welche unter den schwersten Bedingungen ihrer Arbeit nachgeht. Ich verweise auf die Arbeit in den Gruben, Eisenhütten, Zinkhütten. Dieses Gesetz wird einer Arbeiterschaft vorenthalten, welche die größten Opfer für das Land gebracht hat und in Zeiten großer wirtschaftlicher Krise eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 bzw. 12 Stunden 4½ Jahre lang auf sich genommen hat.

Von derselben Bedeutung ist das Urlaubsgesetz. Der Urlaubsanspruch ist in Oberschlesien bisher tariflich geregelt. Nach den geltenden tariflichen Bedingungen haben Jugendliche überhaupt keinen Anspruch auf Urlaub. In dem Urlaubsgesetz ist ihnen jedoch eine Urlaubszeit von 15 Tagen im Jahre gesichert. Schon aus diesem Grunde müßte eine Ausdehnung dieses Gesetzes auf Oberschlesien erfolgen. Wir reden viel von Jugendschutz. Hier haben wir Gelegenheit, praktisch Jugendschutz zu betreiben. Ich möchte den Herrn Minister dringend ersuchen, die Ausdehnung der beiden Gesetze auf Oberschlesien sofort vorzunehmen. Eine Mehrheit für diese Gesetze wird der Herr Minister in diesem Hohen Hause bestimmt finden.

Wie schon oft angeführt, hat das oberschlesische Industriegebiet eine überaus hohe Unfallziffer aufzuweisen. Es sind dies die Folgen der Rationalisierung und des beschleunigten Arbeitstempos. Zur Verhütung der Unfälle wird m. E. zu wenig getan. Vor einigen Monaten ist eine Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung gebildet worden. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Es wäre erwünscht, diese neugegründete Institution auch vom Ministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge weitgehendst zu unterstützen.

Die Tätigkeit des Bezirks-Arbeitsinspektors soll über den Parteien stehen. Wir haben wiederholt diese Ueberparteilichkeit vermißt. Seine Tätigkeit war darauf eingestellt, eine bestimmte Organisation, die Generalna Federacja Pracy, zu fördern. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen werden vom Arbeitsinspektor Betriebsräte aufgelöst, und durch kommissarische ersetzt. Das Betriebsrätegesetz besagt jedoch ausdrücklich, daß die Auflösung nur durch den Schlichtungsausschuß erfolgen kann. Neuwahlen werden nicht ausgeschrieben, trotzdem das Gesetz die sofortige Neuwahl bei einer eventuellen Auflösung vorschreibt. In einem Falle amtiert der kommissarische Betriebsrat fast ein Jahr. Auf eine Anfrage von Arbeitervertretern erklärte der Arbeitsinspektor, daß Neuwahlen nicht eher ausgeschrieben werden, bis die Grube von den Deutschen gereinigt sei. In einem anderen Falle empfiehlt der Arbeitsinspektor einem größeren Hüttenbetrieb, darüber Kontrolle zu führen, welchen Organisationen die Arbeiterschaft angehört. Diese Tätigkeit gehört bestimmt nicht zu den Aufgaben des Bezirksarbeitsinspektors. In dieser Krisenzeit sollte man gerade von dieser Seite alles unterlassen, die gegenwärtige Situation durch solche Maßnahmen zu verschärfen. Meiner Ansicht nach müßten wir gemeinsam alle Kräfte anspannen, um diese katastrophale Notzeit zu überwinden.

Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl 60 000 ist nicht zu hoch genommen. Dieselbe ist dauernd im Steigen begriffen. Tausende von Arbeitern stehen vor der Entlassung, ja, man droht sogar mit der Stillegung der gesamten Zinkindustrie. Wir verkennen nicht die Schwere der Krise, welche einzelne Unternehmungen zur Zeit durchmachen. Glauben jedoch, daß durch diesen übertriebenen wirtschaftlichen Druck ein Lohnabbau erzwungen werden soll. Solange kein wesentlicher Preisabbau erfolgt, kann von einem Lohnabbau keine Rede sein. Der Herr Minister möge der Entwicklung in Oberschlesien in dieser Beziehung die größte Beachtung schenken.

Auf eine Schwierigkeit möchte ich noch besonders hinweisen: Von der allgemeinen Krise ist auch die Knappschaftskasse in Tarnowitz nicht verschont geblieben. Die Zahl der Versicherten ist auf 79 000 gesunken, die der Rentenbezieher auf 51 000 gestiegen. Die Finanzkraft der Knappschaftskasse ist dadurch aufs äußerste angespannt. Eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge kann unter den heutigen Umständen nicht erfolgen. Auf Grund einer Entscheidung des Völkerbundsrates ist der polnischen Regierung zu Gunsten der Knappschaftskasse aus dem früheren Oberschlesischen Knappschaftsverein ein Betrag von 1½ Millionen Goldmark zugesprochen. Es werden Nachrichten veröffentlicht, wonach die Regierung diese Summe der Knappschaft in Tarnowitz nicht überweisen will. Die Knappschaftskasse kann jedoch auf diesen Betrag nicht verzichten. Es wäre gleichbedeutend einer Kürzung der ohnehin schon niedrigen Rente der Knappschaftspensionäre. Im Interesse dieser Pensionäre bitte ich den Herrn Minister, sich dafür einzusetzen, daß die Zahlung der obengenannten Summe an die Knappschaft erfolgt.

Vergebliche Obstruktion

Neue Geschäftsordnung im Reichstag

Nachtsitzung

Die Montagssitzung des Reichstags, die nach dem Willen der Mehrheitsparteien dazu bestimmt sein sollte, die am Sonnabend verschobene Verabschiedung der Geschäftsordnungsreform zu bringen, begann nicht gerade sehr verheißungsvoll für den Ordnungsblock. Als Präsident Löbe die Sitzung um 3 Uhr eröffnete, waren die Bänke der Regierungsparteien leider nicht vollzählig besetzt. Das Wochenend hatte offenbar zahlreiche auswärts wohnende Abgeordnete noch von der Rückkehr zur Stätte ihrer parlamentarischen Tätigkeit abgehalten.

Zunächst beantragten die Kommunisten, den bereits berühmt gewordenen Antrag Rauch, der die im Geschäftsordnungsausschuß befindlichen Immunitätsanträge herausnehmen und summarisch erledigen will, von der Tagesordnung abzusetzen. Dann verlangte der Nationalsozialist Stöhr, dessen Fraktion vorsichtshalber schon vorher den Sitzungssaal geräumt hatte, man möge die Sitzung vertagen, damit der Aeltestenrat inzwischen darüber beraten könnte, ob überhaupt die Geschäftsordnungsreform vom Plenum erledigt werden solle. Gleichzeitig bezweifelte er die Beschlußfähigkeit des Hauses. Mit den Nationalsozialisten waren auch die Deutschnationalen verschwunden. Ebenso beteiligten sich die Kommunisten nicht an der Abstimmung. Das Büro war zweifelhaft, ob das Haus nunmehr als beschlußfähig angesehen werden könnte. Infolgedessen mußte Auszählung stattfinden.

Der Aufforderung des Präsidenten Löbe, wonach alle Abgeordneten eine Ja-Karte abgeben sollten, „die ihre Anwesenheit zu bekunden wünschen“, leisteten nur die Mehrheitsparteien Folge. Sie waren leider diesmal nicht in der Mehrheit, da 13 Abgeordnete noch fehlten. Die Auszählung ergab statt der erforderlichen 289 nur 276 Stimmen.

Die Nationalsozialisten, die dichtgedrängt an der Tür dem Abstimmungsvorgang folgten, begrüßten das für sie günstige Ergebnis mit dem Zuruf: „Pleite“. Präsident Löber beraumte nunmehr die nächste Sitzung für 4 Uhr nachmittags mit der gleichen Tagesordnung an. (Nationalsozialistischer Zuruf: „Mit der gleichen Pleite“.) Der erste Akt des voraussichtlich sehr langwierigen Schauspiels hatte mit einem Anfangserfolg der Obstruktion geendet.

Der Beginn der neuen Sitzung verzögerte sich erst eine Weile. Nach 4.15 Uhr konnte Präsident Löbe die Verhandlungen wieder eröffnen. Die Vorgänge der ersten Stunde wiederholten sich mit mathematischer Genauigkeit: nach fünf Minuten mußte der Reichstag, da die Nationalsozialisten wiederum die Beschlußfähigkeit bezweifelten, sich der gleichen zeitraubenden Prozedur unterwerfen, um zu prüfen, ob er diesmal beschlußfähig wäre.

Auf den Tribünen folgten die Zuschauer der friedlichen Obstruktion mit sichtlichem Vergnügen, zeigte sie doch gewissermaßen die „hohe Schule“ des bisherigen Parlamentarismus, der sich mit Vorliebe in derartigem Leerlauf erschöpft.

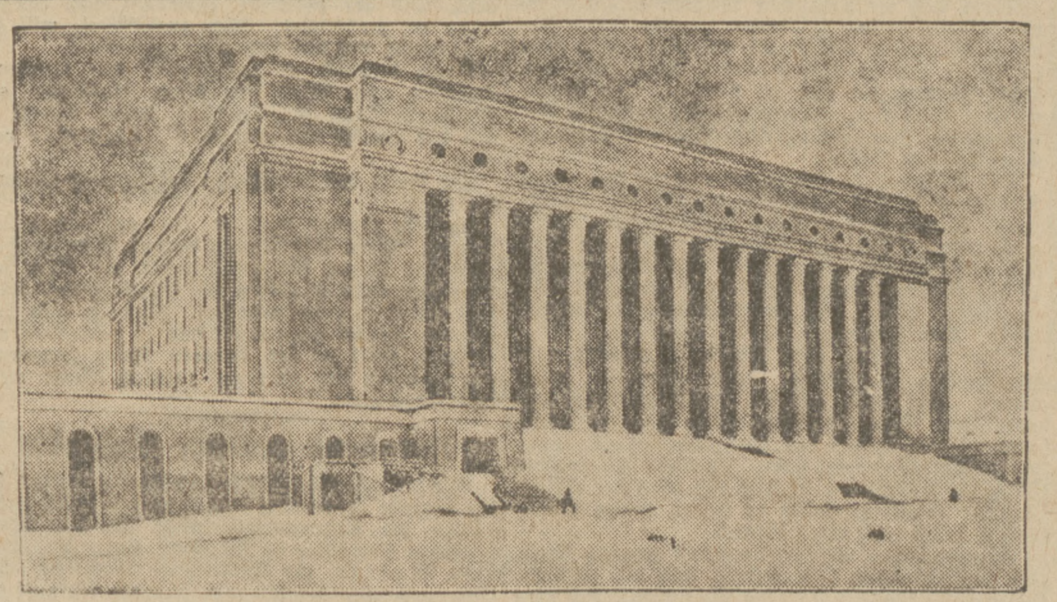
Diesmal mißlang das Manöver der Opposition: Präsident Löbe stellte fest, daß 291 Karten abgegeben worden seien, womit die Mehrheit sogar zwei Stimmen zuviel aufwies. Die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge wurden nunmehr in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Es folgte ein zäher Kampf um die Festsetzung der Redezeit für die Besprechung der Geschäftsordnungsreform. Präsident Löbe schlug ³/₄ Stunden vor, die Kommunisten verlangten drei Stunden, auch die Deutschnationalen schlossen sich dem Verlangen nach längerer Redezeit an, da sie die Aenderungen der Geschäftsordnung als verfassungswidrig ansähen und dies dem Volk eingehend darlegen müßten.

*

Berlin, 10. Februar.

Gestern ist im Reichstag die neue Geschäftsordnung diskutiert und angenommen worden. Ebenso wird eine neue Presseverordnung beraten, die gleichfalls Aussicht hat, die Zustimmung des Reichstages zu finden. Wie bestimmte Blätter der Mittelparteien erklären, ist mit diesen Verordnungen nicht etwa an einen Maulkorb gedacht, um die Opposition mundtot zu machen, sondern es ist daran gedacht, die Maulfreiheit zu beschränken, um das Verhandlungsniveau zu heben. Man will verhindern, daß nur Geschrei und Demagogie die Arbeit des Reichstages behindert; man erwartet, daß wieder der Geist und die sachliche und wohlerzogene Kinderstube in den Reichstag einzieht. Alle Schreihälse, die das nicht einsehen wollen, werden dann eben durch die neue Geschäftsordnung erzogen werden müssen, um zu lernen, wie man sich als Volksvertreter zu benehmen hat. Daß dieser Gedanke sehr gesund ist, kann gar nicht bezweifelt werden.



Finnlands neues Parlamentsgebäude.
In diesem imposanten Bau, der vor einigen Tagen festlich eingeweiht wurde, wird in Zukunft der finnische Reichstag tagen.

Papst-Krönungsfeier in Berlin

Berlin, 9. Februar.

Die Katholische Aktion Berlin veranstaltete Sonntag nachmittag in der Philharmonie aus Anlaß der neunten Wiederkehr des Krönungstages des Papstes Pius XI. eine Feier, an der u. a. Reichsverkehrsminister von Guérard, Reichspostminister Schätzel, der hessische Gesandte Nuß, als Vertreter der bayerischen Gesandtschaft Ministerialdirektor Hammer, Domkapitular Leicht und andere bekannte katholische Persönlichkeiten teilnahmen. Der apostolische Nuntius Orsenigo nahm bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal öffentlich vor den Berliner Katholiken das Wort.

„Liebe gegen alle“ war der Leitgedanke seiner Ausführungen. Wie Pius XI. aus warmer Liebe zur Menschheit bei jedem öffentlichen Unglück eines Volkes zu Hilfe gekommen sei, so müsse die Karitas Christi als die Tochter des Glaubens für immer stets die Tugend jedes Christen sein. Wenn alle individuelle Liebestätigkeit erfüllt wäre, so bliebe immer noch für alle die Liebe zum Vaterland, der gemeinsamen Mutter, die zwar alle lieben, aber ein jeder auf seine Art und in der Meinung, daß diese Art die beste sei. Das Vaterland besitze in der Karitas ein Unterpfand neuen Aufstiegs, und in der Welt werde der Sinn für Gerechtigkeit und Liebe die den Völkerfrieden bedrohenden Gegensätze versöhnen.

Sodann ermahnte der Vorsitzende der Katholischen Aktion, Ministerialdirektor Dr. Klausener, in einer Ansprache dazu, die politischen Meinungsverschiedenheiten im Geiste der Liebe und Gerechtigkeit auszutragen. Für die durch den Mammonismus und überstei-

Posener Tageblatt
Aus Stadt und Land
Nr. 33
Mittwoch, den 11. Februar 1931

Stiftungsfest des Posener Handwerkervereins

Am Sonnabend, dem 7. d. Mts., feierte der Posener Handwerkerverein sein 69. Stiftungsfest in den Räumen der Grabenloge, die sich als viel zu klein erwiesen, um den Scharen der Erschienenen den — wenigstens für den Tanz — erwünschten Raum zu geben. Eingeleitet wurde der festliche Abend durch einen Prolog, den Frau Kroll mit schon bekanntem Geschick zu Gehör brachte. Für die musikalischen Darbietungen, die den herzlichen und herzhaften Begrüßungsworten des Herrn Fleischermeisters Milbradt folgten, hatten sich Frau Mattschoß mit zwei Liedern und Fräulein Makkus, deren ausgezeichnetem Klaviervortrag man gern lauschte, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

Den Höhepunkt brachte das amüsante Lustspiel „Blau", das zur großen Heiterkeit des Publikums durch Frau Lucie Nehring und die Herren Guido Baehr, Geppelt und Brzonka mit prachtvoller Komik dargestellt wurde. Nachher wurde das Tanzbein geschwungen, für das, da die Beteiligung allgemein war, wie gesagt, nur wenig Raum zur Verfügung stand, was aber der guten Laune keinen Abbruch tat, ja, sie eher noch erhöhte. Alt und jung haben sich dabei gleichermaßen die redlichste Mühe gegeben.

Gebrüder Syller freigesprochen

em. Nach fünftägiger Verhandlung, bei der 70 Zeugen vernommen wurden, fand das Gericht keine ausreichenden Beweise und sprach die Gebrüder Syller, die, wie wir berichteten, wegen Lieferung minderwertigen Fleisches an die Militärbehörden angeklagt waren, auf Kosten der Staatskasse frei.

Drei Frauen erschlagen einen Mann

Wie aus Lodz gemeldet wird, ist in Brzeziny eine furchtbare Mordtat begangen worden. Im Verlauf eines Streites wurde der 36jährige Aleksander Tworek von der 50jährigen Józefa Lenart, zu der er in Handelsbeziehungen stand, mit einem Hackmesser auf den Kopf geschlagen, so daß er auf der Stelle tot war. Bei Ausführung dieser Tat hatten die beiden Töchter, die 22jährige Bronisława und die 24jährige Feliksa den Tworek wehrlos gemacht. Die Leiche wurde von den drei Frauen aufs Feld gebracht, die man dann dort gefunden hat.

Diebstahl im Zuge

Ein frecher Diebstahl ist gestern nachmittag im Zuge Posen—Bentschen verübt worden. Der aus Bromberg kommende Ingenieur Altmann, der 5000 Złoty in der Brieftasche bei sich hatte, fuhr in einem Abteil 2. Klasse und hatte nichts Verdächtiges bemerkt. Als er jedoch auf der Station in Bentschen ausstieg, mußte er zu seinem großen Schreck wahrnehmen, daß ihm das ganze Geld auf bisher unaufgeklärte Weise gestohlen worden war.

Blutige Schlägerei in Gnesen

Nach einer Meldung aus Gnesen ist es bei einem Vergnügen in Popowo Tomkowe in der Gastwirtschaft von Michałowicz zu einer blutigen Schlägerei gekommen. Als das Vergnügen in vollem Gange war, drang plötzlich eine Bande von Halbwüchsigen in den Saal ein und benahm sich provozierend. Es kamen Stühle, Tische, Bierseidel in Bewegung, und schließlich kamen auch die Messer dran, so daß bald Blut floß. Ein Władysław Wojkowicz, Jan Cyper und Michałowicz wurden verletzt. Die Gäste verließen panikartig den Saal. Den Polizeibehörden gelang es, die Haupttäter in der Person der Brüder Adamski aus Popowo und Ignacew festzunehmen.

Kleine Posener Chronik

em. **Ueberfall.** Eine gewisse Jabina Ziołkowska teilte der hiesigen Polizei mit, daß sie von einer gewissen Sabina Michalska, welche sich in ihrer Wohnung verborgen halte, überfallen worden sei. Die energische Dame warf ihr einen Strick um den Hals und versuchte sie zu erdrosseln. Auf ihr Geschrei eilten zwei Männer herbei und erlösten sie aus dieser gefährlichen Lage. Dieser Vorfall soll auf eine Rivalität zwischen beiden Frauen um einen Mann zurückzuführen sein.

em. **Ein Auto auf der Straße gestohlen.** In der ul. Czesława wurde dem Leon Golinowski ein Auto Reg.-Nr P. Z. 44 167 gestohlen. Gegen die frechen Diebe ist eine Untersuchung eingeleitet.

em. Gestern abend kurz nach 10 Uhr entstand ein **Dielenbrand** in der Reichsbank, Aleja Marcinkowskiego 6. Die zugerufene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.

em. In die Wohnung des Ingenieurs Michalak, Wały Jagiełły 20, drangen Diebe ein und entwendeten dem Untermieter Antoniewicz ein Paar Langschäfter und ein Fernglas. Die Diebe wurden durch den dort wohnhaften Alexander Piwecki gestört. Die verjagten Einbrecher, die zwei Revolverschüsse abfeuerten, verloren einen Stiefel bei der Flucht. — In die Lagerräume der Firma Barełkowski, Jersitzer Markt 2, wurde ein Einbruch verübt. Den Einbrechern fielen 60 Messer, 60 Gabeln, 50 Porzellanteller und einige Pakete Gläser in die Hände. Der Wert der gestohlenen Gegenstände wird auf 400 Złoty geschätzt. — Vor der Redaktion des „Kur. Pozn." wurde ein Fahrrad (Marke Paßner Fabr.-Nr. 14 827) im Werte von 250 Złoty einem Kazimierz Bartniczak gestohlen. — Dem ul. Szamarzewskiego 28 wohnhaften Czesław Matynkowski wurde ein Autogummireifen mit Schlauch (Durchmesser 32×6, Marke Dunlop) auf der Haltestelle in Zegrze gestohlen. Der Wert des Gummireifens beläuft sich auf 600 Złoty. — Aus der Bodenkammer des Anton Witkiewicz, ulica Rolna 58, entwendeten Diebe Wäschestücke im Werte von 386 Złoty.

Magistratsbeamte aus Obornik wegen Unterschlagung auf der Anklagebank

em. **Posen, 9. Februar.** Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Reszelski hatten sich der Kassenrendant Wiktor Grosty und der Rechnungsführer Stanislaus Garczewski aus Obornik wegen Unterschlagung zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, gemeinschaftlich in den Jahren 1927/28 einkassierte Beträge in Höhe von zirka 16 000 zł unterschlagen zu haben. Der Angeklagte Grosty bestreitete ganz entschieden die ihm zur Last gelegte Tat, wogegen der Angeklagte Garczewski die Tat zugibt und gleichzeitig den Angeklagten Grosty der Mittäterschaft bezichtigt. 1928 wurde beim Kassenabschluß festgestellt, daß im Schlachthause des Magistrats Obornik ein sehr hohes Defizit besteht, welches auf irgendwelche Unregelmäßigkeiten seitens der Beamten zurückzuführen war. Bei der sofortigen Untersuchung durch den Bürgermeister Maćkowiak mit Hilfe eines Bücherrevisors förderte man so viel belastendes Material zutage, daß beide Angeklagten als dringend verdächtig verhaftet wurden. Beide Angeklagten waren so vorgegangen, daß der Rendant dem Rechnungsführer 200 Schlachtblocks aushändigte, dieser aber nur 100 eintrug. Der Erlös der zweiten 100 Blocks wurde geteilt. Der Wochen-„Verdienst" schwankte zwischen 200 bis 300 zł. Die zur heutigen Verhandlung vorgeladenen 18 Zeugen belasten die Angeklagten. Sie weisen besonders auf den luxuriösen Lebenswandel der Angeklagten hin. Der Angeklagte Grosty kaufte sich Brillantenringe, Jagdgewehre, goldene Uhren und andere Luxusgegenstände, trotzdem er nur ein Gehalt von zirka 350 zł monatlich hatte. Der Angeklagte Garczewski hingegen schaffte sich eine große Garderobe an, auch machte er Autoausflüge in lustiger Damengesellschaft. Der Angeklagte Grosty verteidigt sich damit, daß er eine Erbschaft von 2000 zł angetreten habe, im übrigen will er solide gelebt und sich mit seiner Erbschaft nur Kleidungsstücke gekauft haben. Die weiteren Zeugenvernehmungen führten öfters zu heftigen Zusammenstößen zwischen Rechtsanwalt Dr. Rosener, dem Verteidiger des Grosty, und Rechtsanwalt Dr. Iżycki, dem Vertreter des Magistrats, wegen einzelner Aussagen, die nicht zur Anklage gehörten, aber trotzdem vom Zivilkläger erörtert wurden.

Nach geschlossener Beweisaufnahme ergriff der Staatsanwalt das Wort. Die Beweisaufnahme habe die vollständige Schuld der beiden Angeklagten erwiesen. Er beantragte gegen den Angeklagten Grosty, welcher hartnäckig jede Schuld ableugnete, trotzdem er vom Mitangeklagten Garczewski als Verführer bezeichnet wird, eine Zuchthausstrafe von 15 Monaten. Gegen den Angeklagten Garczewski will er Milde walten lassen, da er nur ein Werkzeug in den Händen des Angeklagten Grosty gewesen sei. Für ihn beantragt er 8 Monate Gefängnis. 11 Uhr abends schloß der Vorsitzende die Verhandlung mit dem Bemerken, daß das Urteil Mittwoch, den 11. d. Mts., mittags 1 Uhr verkündet werden wird.

Gnesen

Gestern haben nun auch wir Gnesener (und zahlreiche auswärtige Besucher) die Aufführung der H-moll-Messe von Bach unter der Leitung des Herrn Pastors D. Greulich erlebt. Und es war ein überwältigendes Erlebnis! Wir wollen und können natürlich keinen ausführlichen und sachlichen Bericht darüber erstatten, — das hat ja schon erschöpfend und vortrefflich Herr Loake nach der Posener Aufführung getan. Wir wollen und müssen aber unserer tiefen, dankbarsten Freude Ausdruck geben darüber, daß in diese dunkle, schwer lastende Zeit hinein ein Ereignis fallen konnte, das uns „emporreißt", wie Herr D. Greulich sagte. Und ihm, seinem Idealismus, seinem musikalischen Genius, seiner Tatkraft und Geduld haben wir es zu danken! Er sprach von einem „Wagnis", das es sei, die Aufführung dieses gewaltigen Werkes hier zu bewerkstelligen, wo so viel einengende Schwierigkeiten zu überwinden waren. Aber es ist ihm ganz glänzend gelungen. Wahrlich — „in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister!" Sein Feuer hatte auch die Mitwirkenden gepackt und durchglühte sie und wirkte hinreißend und erhebend auf die Seelen der Zuhörer! Gewiß hat auch niemand die auswärtigen Solisten vermißt! Nur wünschen wir inbrünstig, daß Herr Pastor Greulich mit seinem Bachverein auch fernerhin die Kraft behalte, auf „der Linie, die er sich vorgezeichnet hat, weiterzugehen, ohne um Haaresbreite abzuweichen" — bis der Weg sich wieder lichtet! Und Chor und Publikum — wie könnten sie wohl anders, als diesem Manne helfen wollen! Haben sie selbst doch den köstlichsten Gewinn davon! Und — wir haben's ja gestern wieder gesehen — „Lust und Liebe sind die Fittiche zu großen Taten!" Möchte sich das verheißungsvolle, beglückende Abschiedswort Herrn Pastors D. Greulich erfüllen: Auf Wiedersehen in sechs Wochen bei der Johannispassion!" B.

Rogasen

Der Bauernverein Rogasen veranstaltet am Mittwoch, dem 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Hotel Polski einen Lichtbildervortrag mit anschließendem Festkommers und Tanz anläßlich des zehnjährigen Jubiläums des Herrn C. Pirscher als Vorsitzenden des hiesigen Vereins. Die Mitglieder des Verbandes für Handel und Gewerbe Rogasen sind dazu herzlichst eingeladen.

Ritschenwalde

rz. Kohlenoxydgasvergiftung. Die Familie des Landwirts Bloch, Schrothaus, hatte den mit Kohlen geheizten Ofen zu früh geschlossen und legte sich zu Bett. Als der eine Sohn gegen 11 Uhr nach Hause kam, wurde ihm trotz mehrmaligen Klopfens nicht geöffnet. Erst auf stärkeres Klopfen öffnete ihm ein jüngerer Bruder die verriegelte Tür. Er hatte gerade noch so viel Besinnung, um das Klopfen zu verstehen. Alle übrigen sechs Familienmitglieder lagen schon besinnungslos. Glücklicherweise gelang es aber, alle Vergifteten am Leben zu erhalten. Jedoch liegen sie noch krank darnieder.

Gefaßte Wilddiebe. Dem Schulzen Kaczmarek aus Tlukawy gelang es, Wilddieben das Handwerk zu legen. Auf dem Friedhof hatten drei Personen mit Hilfe eines Frettchens Kaninchen gejagt. Einer der Wilddiebe konnte festgenommen und eingesperrt werden.

B dsin

rz. Stubenbrand. Beim Landwirt Wolske, Braknitz, brach auf unerklärliche Weise ein Stubenbrand aus, dem das ganze Schlafzimmer mit der vollständigen Wäscheaussteuer zum Opfer fiel. Zum Glück konnte das etwa 1½jährige Kind, das in diesem Zimmer allein schlief, vor dem sicheren Tode gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Margonin

pr. Der Landwirtschaftliche Verein Margonin hielt seine letzte Versammlung als „Diskussionsabend" ab. Von der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft war Bezirksgeschäftsführer Pitscher aus Rogasen erschienen, der über eine Reihe von Tages- und Wirtschaftsfragen berichtete, die in den einzelnen Punkten eine sehr rege Aussprache auslösten, an der sich die meisten der zahlreich Erschienenen beteiligten. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, daß

die Beiträge zur Krankenkasse und Invalidenversicherung bei den heutigen Naturalienpreisen viel zu hoch

seien und an den Herrn Minister für Arbeit und soziale Fürsorge eine Eingabe zu richten sei wegen Herabsetzung der Beiträge.

Mogilno

z. Diebe brechen in die Schule ein. In Mogilno haben in der Nacht zum 4. Februar bisher unermittelte Diebe der dortigen Schule am Markt einen Besuch abgestattet, wobei ihnen 400 zł in die Hände fielen. Damit noch nicht zufrieden, zogen sie weiter nach der zweiten Schule, hier gelang es ihnen jedoch nicht, sich Eingang in die Schule zu verschaffen. Nach den Dieben wird gesucht.

Rawitsch

☐ Das diesjährige Stiftungsfest des Handwerker- und Männergesangvereins wurde am letzten Sonntag unter großer Beteiligung in den Räumen der Loge gefeiert. Nur Mitglieder und deren Angehörige waren hierzu geladen. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Veranstaltung mit einer großen, vom Verein gestifteten Kaffeetafel (für Erwachsene und Kinder getrennt) eingeleitet. Männerchöre, „Des Liedes Kristall", „In dem Wald" und ein Landsknechtslied folgten. Anschließend daran hielt der Vereinsvorsitzende Fabrikbesitzer Wilhelm Eckert eine längere Ansprache, in deren Verlauf er die zwei Sangesbrüder Ernst Sabisch und Rudolf Beier mit Sängerbundesabzeichen für 25jährige treue Vereinsmitgliedschaft auszeichnete. Ein Sängerchor begrüßte darauf die dekorierten Jubilare. Es wechselten nun verschiedene heitere Vorträge, Kasperl- und Kartoffeltheater, die allgemeinen Anklang fanden und eine recht heitere Stimmung schufen. Nach einer Abendbrotpause — wer dazu nichts mitgebracht hatte, konnte für billiges Geld warme Würstchen erstehen — trat um 8 Uhr der Tanz in seine Rechte. Zwischendurch kamen recht sinnreiche „Marmorfiguren" (lebende Bilder) nach den Texten deutscher Volkslieder zur Darstellung. Sologesänge, Duette und gemischter Chor gaben die verbindenden Worte dazu. Der Verein hatte diesmal der allgemeinen wirtschaftlichen Krise entsprechend seinen Mitgliedern ohne besondere Auslagen einen frohen Abend bieten wollen. Diese Absicht ist ihm vollkommen gelungen. Eine heitere, fröhliche Stimmung — **trotz Innehaltung strengsten Alkoholverbots!** — herrschte während der Veranstaltung. Kurz nach 12 Uhr nachts fand das schöne Fest ein Ende.

Lissa

k. Glück im Unglück. Ein Vorfall, der leicht schwere Folgen hätte zeitigen können, ereignete sich gestern mittags gegen 12 Uhr auf der Kostenerstraße. Der Schlitten des Gutspächters Pfeiffer aus Gorka Duchowna fuhr die Kostener Straße nach Grune zu. In der Nähe des Schloßplatzes wollte der Kutscher das Gefährt wenden, um noch einmal nach der Stadt zurückzufahren. Bei dieser Gelegenheit verwickelte sich eins der Pferde ins Geschirr, der Schlitten kippte und die Insassen, der Kutscher und die Hausdame von Gorka Duchowna, Fräulein Köhler, flogen in großem Bogen auf den Bürgersteig, ohne sich glücklicherweise zu verletzen. Indessen rasten die scheu gewordenen Pferde mit dem leeren Schlitten nach der Stadt zu. Unübersehbares Unglück hätte sich ereignen können, wären die Pferde bis auf den Ring gelangt, an dem infolge des Wochenmarktes reger Betrieb herrschte. Die Pferde kamen jedoch nur ungefähr 70 Meter weit, weil sie sich auf dem Schloßplatz mit der Deichsel in der eisernen Umfriedung verfingen und so zum Stillstand kamen. Durch den Anprall wurde der Schlitten ziemlich stark beschädigt und eins der Pferde am rechten Hinterfuß verletzt.

k. Arbeitslosenziffer. Am hiesigen Arbeitslosenamt wurden bei der letzten Registrierung 3251 Arbeitslose gezählt. Von diesen erhalten 262 physische und 75 Geistesarbeiter Unterstützung aus dem staatlichen Arbeitslosenfonds.

k. Eine Brenn- und Nutzholzversteigerung aus dem Waldrevier Zaborowo findet am Mittwoch, dem 11. d. Mts., vormittags um 9 Uhr in der Gastwirtschaft des Herrn Spichal in Zaborowo statt. Zur Versteigerung gelangt Brennholz (Strauchhaufen, Stubben), sowie Nutzholz.

Schönsee

pz. Das Fest der goldenen Hochzeit verbunden mit dem 30jährigen Jubiläum als Kirchengemeindevertreter feierte Wilhelm Behrend mit seiner Ehefrau. Im Gottesdienst wurde des doppelten Jubelfestes mit Danksagung gedacht. Die eigentliche Feier fand aber im Hause des Jubelpaares statt. Es wurde dem Jubelpaar ein von der Gemeinde gewidmetes neues Gesangbuch und die Glückwunschurkunde des Konsistoriums überreicht. Die goldene Braut ist seiner Zeit als erster Täufling in der neuerbauten Kirche zu Schönsee getauft worden.

Ein Feuer in Krakau

Die Krakauer „Sukiennice", die in der Geschichte Krakaus schon mehrmals Brände erlebt haben, wurden wieder das Opfer eines Brandes, der nur schwer bekämpft werden konnte, da die von ihm ergriffenen Geschäfte leicht brennbare Stoffe enthielten. Erst nach längerer Tätigkeit konnte die Feuerwehr abrücken. Das Feuer, dem drei Geschäfte zum Opfer fielen, wurde von einem Invaliden, der um 6½ Uhr früh seinen Kiosk öffnete, und von einem Schutzmann zuerst bemerkt. Die Ursache des Brandes hat noch nicht einwandfrei festgestellt werden können. Die bisherigen Ermittlungen schließen einen Kurzschluß aus. Es kommt ein unglücklicher Zufall oder Brandstiftung in Frage. Man befürchtet jedoch Brandstiftung. Die Presse verlangt eine bessere Aufsicht wegen des historischen Wertes der „Sukiennice".

Geldfabrik bei Sosnowitz

Nach einer Sosnowitzer Meldung des „Ilustr. Kurjer Codz." haben die Polizeibehörden in einer Vorstadt von Sosnowitz eine Fabrik entdeckt, in der falsche Zehnzlotyscheine hergestellt wurden. Die Fabrik war nach den neuesten Anforderungen der modernen Druckereitechnik eingerichtet und befand sich beim Eintreten der Polizisten in vollem Betrieb. Die Geldscheine waren so präzise durchgeführt, daß sie von den Kaufleuten wiederholt für echte Banknoten gehalten wurden. Nach vergeblicher Suche war man zufällig auf die Fabrikräume gestoßen. Als die Polizisten die Räume betraten, rief das durchaus keine große Panik hervor, weil man annahm, daß es sich um Kollegen des Polizeiwachtmeisters Wojda handelte, der in die ganze Angelegenheit mit verwickelt ist und als Mitinhaber der Banknotenfabrik verdächtigt wird. Die Untersuchung zieht immer weitere Kreise, und es werden vorläufig nähere Einzelheiten geheimgehalten. Die Entdeckung der Fabrik hat natürlich unter den Kaufleuten des Dombrowoer Reviers eine begreifliche Bewegung verursacht. Man versucht, Zehnzlotybanknoten, gegen die man starkes Mißtrauen gefaßt hat, loszuwerden.

Kaufmann entreißt seinem Kunden Dokumente

Ein interessanter Prozeß.

Inowrocław, 9. Februar. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich heute der Kaufmann Marszewski aus Gniewkowo, der dort ein Goldwaren- und Fahrradgeschäft besitzt, zu verantworten. Ein Schuhmacher August Doering aus Chlewisk hatte von dem Angeklagten ein Fahrrad gekauft, welches 280 Złoty kosten sollte, und dafür ein Jahr Garantie bekommen. Doering hat für dieses Fahrrad 93 Złoty angezahlt. Inzwischen ist aber der Rahmen entzweigegangen. Doering brachte ihn zu Marszewski und verlangte noch eine schriftliche Garantie. Beide gerieten in Wortwechsel; Marszewski schloß die Ladentür zu und entriß dem Doering verschiedene Papiere, die dieser in der Brusttasche sichtbar stecken hatte. Doering beeidete nun, daß zwischen den Papieren sich 100 Złoty befanden, die ihm Marszewski nicht zurückgeben will. Der Angeklagte bestritt das Vorhandensein des Geldes. Durch die Zeugenaussagen wurde er aber für schuldig befunden und zu einem Monat Gefängnis und 300 Złoty Geldstrafe verurteilt.

Wertvolle Bibeln in Gefahr

Pz. Lange genug hat der Kampf um die Gutenbergbibel des Klosters Pelplin in Polen gedauert, bis es sich endlich entschieden hat, daß dieser wertvolle Kulturbesitz dem polnischen Kloster erhalten blieb und nicht in amerikanische Hände überging. Aehnlich steht es jetzt mit der kostbaren Bibelsammlung des Fürsten Stolberg-Wernigerode, die unter ihren 3 500 Bibeln einzigartige Dokumente aus der Bibelliteratur enthält. Es befindet sich darunter eine Wittenberger Lutherbibel aus dem Jahre 1541 mit handschriftlichen Eintragungen Luthers, ein lateinisches Neues Testament ebenfalls 1541 mit handschriftlichen Randbemerkungen Luthers und ein griechisches Neues Testament mit vielen Eintragungen Melanchthons; auch das sogenannte „Stammbuch" vom Jahre 1542 mit Eintragungen Luthers, Melanchthons und Bugenhagens, vor allem aber auch mit einer Widmung Albrecht Dürers ist in der erlesenen Sammlung vorhanden. Es wäre ein Jammer, wenn diese kostbaren Stücke auseinandergerissen würden und in privaten Sammelbesitz kämen.

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 33
Mittwoch, den 11. Februar 1931

Steuererklärungen 1931

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Termine zur Abgabe der Einkommens- und Umsatzsteuererklärungen dürfte der folgende Aufsatz für unsere Leser von ganz besonderem Interesse sein.

Jedes Jahr bringt den Steuerzahlern eine stets wiederkehrende unangenehme Pflicht: die Abgabe der Steuererklärungen. Eine Pflicht zudem, die auf keinen Fall versäumt werden darf; gleichgültig, ob ein gesetzlicher Zwang dazu vorliegt oder nicht, liegt es im Interesse eines jeden Steuerzahlers, die Erklärung pünktlich und in der vorgeschriebenen Form abgefaßt einzureichen. Denn hier ist ihm die einzige Möglichkeit gegeben, auf die Veranlagung einen Einfluß auszuüben.

Gesetzlich vorgeschrieben sind die Steuererklärungen vor allem bei der Umsatz- und bei der Einkommensteuer. Die hierfür geltenden Vorschriften werden von Jahr zu Jahr durch neue Verordnungen, Verfügungen und Rundschreiben geändert bzw. ergänzt, so daß es für den Steuerzahler nicht leicht ist, einen Ueberblick über sie zu behalten. Daher sollen in diesem Aufsatz die wichtigsten Punkte des Verfahrens zusammengestellt und behandelt werden, wenngleich es naturgemäß nicht möglich ist, auf alle Einzelheiten ausführlich einzugehen.

I. Umsatzsteuer

Umsatzsteuerpflichtig sind alle gewerblichen und Handelsunternehmen, die ein Patent gelöst haben, ferner die freien Berufe. Für die Umsatzsteuer deckt sich das Steuerjahr und das Wirtschafts-(Kalender-)jahr. Die Steuer wird für jedes Wirtschaftsjahr in laufenden Monats- oder Quartalsraten bezahlt. Rechtspersonen sowie physische Personen, die Handelsbücher führen, zahlen die Steuer in Monatsraten, die sie selbst auf Grund ihres buchmäßig angegebenen Umsatzes für jeden zurückliegenden Monat selbst berechnen. Die übrigen physischen Personen zahlen die Steuer für jedes Jahr in vier Raten in Höhe der Veranlagung für das vorangegangene Jahr. Die eingezahlten Raten (zaliczki) werden nach endgültiger Veranlagung verrechnet. Die Umsatzsteuerveranlagung erfolgt nach Ablauf eines jeden Jahres für den zurückliegenden Zeitraum. Für das Jahr 1930 sind die Umsatzsteuererklärungen bis zum 15. Februar d. Js. einzureichen. Im Interesse des Steuerzahlers liegt es, die Steuererklärung dem Steueramt im Einschreibebrief oder gegen Empfangsbescheinigung zuzustellen.

Wer ist zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet?

Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung im vorgeschriebenen Termin sind verpflichtet:

1. Handelsunternehmen I. und II. Kategorie,
2. gewerbliche Unternehmen I. bis V. Kategorie,
3. freie gewerbliche Beschäftigungen, Kategorie I und II a und II b,
4. alle Unternehmen, die ein Patent der angegebenen Kategorien lösen müßten, aber auf Grund einer besonderen Genehmigung ein niedrigeres Patent gelöst haben.
5. alle selbständigen freien Berufe.

Alle übrigen Handels- und gewerblichen Unternehmen sind nicht zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet, sie haben jedoch das Recht, eine Erklärung in der angegebenen Frist abzugeben und erlangen dadurch die Möglichkeit, ihre Angaben durch Handelsbücher, Belege usw. nachweisen zu können. Die Abgabe einer Umsatzsteuererklärung ist also Vorbedingung dafür, daß die von einem Unternehmen geführten Handelsbücher bei der Einschätzung berücksichtigt werden.

Wer zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet ist und diese nicht oder nicht in der vorgesehenen Frist einreicht, wird mit einer Geldstrafe von 50—500 Zloty bestraft. Die Frist für Abgabe der Umsatzerklärung kann die Veranlagungsbehörde dem Steuerzahler auf begründeten, vorherigen Antrag verlängern.

Wie ist die Erklärung aufzusetzen?

Die Steuerämter händigen den Steuerzahlern unentgeltlich Formulare für Umsatzsteuererklärungen aus. Die Erklärung muß jedoch nicht unbedingt durch Benutzung des amtlichen Formulars geschehen; nach einer Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts genügt auch jedes andere Schreiben, das die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben (Art. 52) enthält. Die amtlichen Formulare werden in zwei Ausgaben, einer für Handelsunternehmen und einer für gewerbliche Unternehmen, herausgegeben. In der Erklärung muß der Steuerzahler Angaben über sein Geschäft und Unternehmen machen, wie Name, Ort usw. Wichtig ist die Angabe, daß Handelsbücher geführt werden, und daß der Steuerzahler bereit ist, die Angaben durch Belege nachzuweisen. Wenn dies nicht in der Steuererklärung vermerkt ist, hat der Steuerzahler bei der Berufung nicht das Recht, die Berücksichtigung seiner Buchführung zu verlangen. Die Steuererklärung enthält schließlich Rubriken, in die der im verflossenen Jahr erzielte Umsatz einzutragen ist.

Nur wer Bücher führt, trägt den Umsatz für jeden Monat gesondert ein. Da der Umsatzsteuersatz nicht einheitlich ist und entweder ½, 1, 2 oder 5 Prozent betragen kann, ist in der Erklärung außer der Angabe des Gesamtumsatzes in besonderen Rubriken anzugeben, welche Umsätze dem ½-, 1- und 5prozentigen Satz unterliegen. Die Erklärung enthält schließlich noch die Versicherung des Steuerzahlers, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sind und sie ist vom Steuerzahler oder seinem Stellvertreter eigenhändig zu unterschreiben.

II. Einkommensteuer

Bei der Einkommensteuer sind Steuerjahr und Wirtschaftsjahr nicht identisch. Das während eines Wirtschaftsjahres erzielte Einkommen dient erst im darauffolgenden Jahre als Grundlage der Einkommensbesteuerung.

Wer muß eine Erklärung abgeben?

Der Einkommensteuer unterliegen im allgemeinen physische Personen, Rechtspersonen und freie (nicht angetretene) Erbschaften, die ein Jahreseinkommen haben, das 1500 Zloty übersteigt. Diese sind auch verpflichtet, im vorgeschriebenen Termin eine Einkommensteuererklärung beim zuständigen Steueramt einzureichen. Von der Abgabe einer Einkommensteuererklärung sind grundsätzlich Personen befreit, deren Haupteinkommensquelle bilden:

1. Landbesitz bis 30 Hektar,
2. ein Handelsgeschäft V., IV. und in Ortschaften 3. und 4. Klasse auch III. Kategorie,
3. ein Gewerbe- oder Handelsunternehmen, die kein Gewerbepatent oder ein Patent VIII. Kategorie lösen.

Diese Personen sind nur bei besonderer Aufforderung der Behörde verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben.

Steuerpflichtige, die die Einkommensteuererklärung nicht oder nicht im vorgeschriebenen Termin einreichen, werden mit einer Geldstrafe von 3—100 Zloty bestraft und verlieren jegliche Rechtsmittel gegen die Einschätzung der Schätzungskommission. Nach einer neuen Bekanntmachung des Finanzministeriums ist die Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für 1931 für physische und für Rechtspersonen auf den 1. Mai festgesetzt worden. Auf besonderen Antrag kann diese Frist für Rechtspersonen bis zum 1. Juli d. Js. verlängert werden.

Für die Einkommensteuererklärung muß das vorgeschriebene amtliche Formular benutzt werden. Die Einkommensteuererklärung enthält Angaben über die Person des Steuerzahlers, wie Name, Wohnort usw., ferner muß in einzelnen Rubriken der Einkommensertrag aus verschiedenen Einkommensquellen und das Gesamteinkommen aus allen Quellen angeführt werden. Weiter werden in der Einkommensteuererklärung Abschreibungen vom Einkommen einzeln und in ihrer Gesamtsumme angegeben. Der Steuerzahler erklärt schließlich, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden und versieht die Erklärung mit seiner Namensunterschrift.

Besondere Steuererklärungsformulare gibt es für Rechtspersonen: diese müssen der Einkommensteuererklärung eine Abschrift der bestätigten Bilanz beifügen.

Gleichzeitig mit der Abgabe der Einkommensteuererklärung muß die Hälfte der Steuer, die auf Grund der eigenen Einschätzung zu bezahlen ist, an die Stadtkasse und an die kommunale Steuerkasse überwiesen werden.

Was ist Einkommen?

Das polnische Einkommensteuergesetz versteht unter Einkommen bei Rechtspersonen den bilanzmäßigen Reingewinn ohne Abzug von Dividenden, Amortisation des Anlagekapitals u. ä. und bei physischen Personen die Summe der Reinerträge aus allen Einkommensquellen des Steuerzahlers. Der Reinertrag von Handels-, gewerblichen und anderen Unternehmen ist gleich dem Bruttoertrage derselben nach Abzug der Werbungskosten, die zur Erreichung und Sicherung und zur Amortisation der ertragliefernden Vermögensobjekte aufgewendet wurden. Bei kleineren Unternehmen, die keine Handelsbücher führen, wird der Reinertrag meistens auf Grund allgemeiner Orientierungsnormen eingeschätzt. Als Reinertrag des vom Eigentümer selbst bewirtschafteten Landbesitzes gilt der wirklich erzielte Reinertrag aus Acker-, Wiesen- und Waldwirtschaft landwirtschaftlicher Nebenindustrie usw. Bei Berechnung des Einkommens eines Pächters sind entsprechend der Pachtzins und andere Leistungen zugunsten des Eigentümers in Abzug zu bringen. Da die Feststellung des wirklichen reinen Ertrages von Grundbesitz oft mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, wird dieser meistens auf Grund allgemeiner Normen in Zentnern Roggen eingeschätzt.

Bei verpachteten Grundstücken und vermieteten Häusern, Lokalen, Plätzen usw. gilt als Reinertrag der erhaltene Pacht- oder Mietzins und alle anderen Leistungen und Vergünstigungen, die der Eigentümer durch die Verpachtung genießt.

Als Reinertrag gilt auch der Mietswert der eigenen Wohnung des Steuerzahlers oder anderer Räume, die vom Steuerzahler eingenommen werden oder unentgeltlich an andere zur Benutzung abgetreten sind. Zum Reinertrag sind ferner alle aus dem Betriebe oder der Wirtschaft vom Steuerzahler für seinen Haushalt entnommenen Waren zuzuzählen.

Vom Reinertrag sind die Kosten des Unterhalts von Familienmitgliedern des Steuerzahlers abzuziehen, die im Betriebe beschäftigt sind.

Der Unterhalt des Steuerzahlers selbst sowie der Wert seiner Arbeit darf nicht abgezogen werden.

In der Einkommensteuererklärung sind schließlich noch Erträge aus Kapitalvermögen, Tantiemen und aus Gehältern bzw. Pensionen, die nicht im Inlande ausgezahlt werden, anzugeben.

Einkünfte von Familienmitgliedern, die mit dem Familienoberhaupt einen gemeinsamen Hausstand bilden und die kein Arbeitseinkommen sind, werden dem Einkommen des Familienoberhauptes zugezählt und gemeinsam besteuert.

Was darf abgezogen werden?

Von dem Gesamteinkommen des Steuerzahlers sind Schuldenzinsen und Renten, soweit sie die Quellen des Einkommens belasten, die der Besteuerung unterliegen und die mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, abzuziehen. Ferner dürfen abgezogen werden: direkte Staats- und Kommunalsteuern und andere Abgaben und Leistungen für öffentliche Zwecke mit Ausnahme der staatlichen Einkommensteuer, der Forstabgabe, Vermögenssteuer. Alle übrigen staatlichen und kommunalen Steuern sind entgegen der Praxis mancher Steuerämter abzugsfähig. Nach einer neuen Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts (L. Rej. 2397/28) können auch Verzugszinsen und Verzugsstrafen der nicht abzugsfähigen Steuern (staatliche Einkommensteuer) abgezogen werden.

Vom Einkommen dürfen schließlich noch gewisse Versicherungsbeiträge für den Steuerzahler und die von ihm zu unterhaltenden Familienmitglieder bis zu einer bestimmten Höhe abgezogen werden. Hierher gehören Krankenkassen-, Lebensversicherungs-, Unfallversicherungs-, Ruhegehaltskassen-, Sterbekassenbeiträge.

Zum Schlusse sei noch einmal betont, daß die **Einhaltung des Termins** für die **Abgabe der** Steuererklärungen **im Interesse des Steuerzahlers** liegt. Wird der Termin nicht eingehalten, oder die notwendige Steuererklärung nicht abgegeben, so setzt sich der Steuerzahler Geldstrafen aus, er kann von den Behörden willkürlich ohne Berücksichtigung seiner Buchführung oder anderer Beweismittel eingeschätzt werden und verliert jedes Rechtsmittel gegen die Veranlagung der Behörde.

Hingewiesen sei auch noch darauf, daß die Steuererklärungen dem zuständigen Steueramt im Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung zuzustellen sind. P.

Rechtsspiegel

Zahlbarkeit des Wechsels vor dem Zahlungstermin

Das Oberste Gericht hat in der dritten Kammer ein Urteil gefällt, daß das Recht, die Zahlung der Wechselsumme vor dem Zahlungstermin zu verlangen, einem Wechselinhaber nur im Falle eines Regresses zusteht und nur gegenüber solchen Personen, die auf Grund ihrer besonderen Unterschrift auf dem Wechsel aus diesem Regresse verpflichtet sind. Der Regreß gegenüber dem Wechselakzeptanten und dem Aussteller eines eigenen Wechsels ist nicht möglich, und daher kann der Wechselinhaber vor dem Zahlungstermin von diesen Personen keine Zahlung verlangen auch in dem Falle nicht, wenn sie zahlungsunfähig werden sollten. Obige Entscheidung begegnet einer scharfen Kritik, die auf einem anderen Standpunkte steht. Jedenfalls ist die Angelegenheit als streitig anzusehen. (Rn. 1996/29.)

Wechselumlauf nach dem Protest

Das Oberste Gericht hat in der Angelegenheit I c 1144/29 folgendes bestimmt: Geht ein Wechsel wegen Nichteinlösung zu Protest, so schließt dieser Protest die Reihe der Indossanten und Indossataren aus der Zeit vor der Protestierung. Ein weiterer Umlauf des Wechsels ist nur auf Grund eines Nachindossaments möglich, das entweder von dem, der den Protest bewirkte (falls er die Berechtigung zu einem solchen Indossieren besaß), oder dem, der den Wechsel im Regreßwege auskaufte, getätigt wurde. (gh.)

Haftung für eigenen Wechsel

Der Art. 102 der Verordnung über das Wechselrecht bestimmt, daß die Haftung des Ausstellers eines eigenen Wechsels dieselbe ist wie die des Akzeptanten eines gezogenen (trassierten) Wechsels, sowohl in Bezug auf den Umfang wie auch auf die Zeitdauer. Für die in Frage stehende Haftung ist infolgedessen der Art. 70 der Wechselverordnung entscheidend, der in seinem Absatz 1 besagt, daß die Wechselhaftung des Akzeptanten bis zum Ablauf der Verjährung (drei Jahre vom Tage der Fälligkeit des Wechsels an) besteht, auch wenn der Wechsel nicht protestiert wurde.

Angesichts dieser Rechtslage hat das Oberste Gericht (I 1903/29) entschieden, daß die Unterlassung des Protestes bei einem eigenen Wechsel weder das Erlöschen der Wechselhaftung des Ausstellers noch des Wechselbürgen für den Aussteller nach sich zieht, da der Wechselbürge laut Art. 31 des Wechselrechts genau so wie der, für den er bürgte, haftet. (gh.)

Photographie statt Abschrift

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat für seinen Bezirkt die **Photokopie** eingeführt; d. h. dort vorgelegte Urkunden werden in Gegenwart einer Urkundsperson photographiert, und dann wird die Uebereinstimmung der Kopie mit dem Original bestätigt. Die Kopien sind Negative, wodurch Retuschen so gut wie ausgeschlossen sind. Wieder einmal leistet also die Technik dem Recht Hilfe. Die Neueinrichtung wird sich hoffenlich rasch auch an anderen Gerichten durchsetzen. Ihre Bedeutung für wichtige Urkunden kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. (gh.)

Steuer-Rundschau

Innerhalb welcher Frist müssen Steuerreklamationen erledigt werden?

Ständig hört man Klagen der Steuerzahler darüber, daß Steuerreklamationen jahrelang laufen, ohne daß der Steuerzahler irgendeine Nachricht vom Steueramt erhält. Die zu Unrecht veranlagte Steuer ist oft schon zwangsweise eingezogen worden, wertvolles Eigentum des Steuerzahlers vom Gerichtsvollzieher gepfändet oder gar zu einem Spottpreis versteigert, bevor eine günstige Berufungsentscheidung eintrifft. Nach Art. 75 des Einkommensteuergesetzes und Art. 89 des Gewerbesteuergesetzes sollen Berufungen gegen die Steuerveranlagung binnen **6 Monaten** erledigt sein. An diese Vorschrift halten sich die Behörden jedoch im allgemeinen nicht, und infolgedessen haben wir diese rechtswidrigen Zustände. Hoffentlich wird die neue Steuerordnung, die in nächster Zeit erlassen werden soll, in dieser Hinsicht Besserungen bringen. Nach dem Entwurf der Steuerordnung soll der 6monatliche Termin auf 12 Monate verlängert werden, aber dafür sollen zu Gunsten des Steuerzahlers bei Ueberschreitung der Frist vom 13. Monat an Verzugszinsen für zuviel bezahlte Steuern berechnet werden. P.

Neuerrichtete Gebäude- und Stempelsteuer

Im Sinne des Art. 54, Nr. 7 des Stempelsteuergesetzes sind alle Schriftstücke, die zum ersten Mal nach Beendigung eines Neubaues zur Uebertragung des Eigentums angefertigt werden, innerhalb eines Zeitraumes von 8 Jahren, vom Tage an gerechnet, an dem das Gebäude in Gebrauch genommen wurde, von der Stempelsteuer befreit. Diese Befreiung bezieht sich jedoch nach Abs. 2 desselben Artikels nicht auf einen Ueberbau oder Anbau. Die Abgrenzung der einzelnen Bezeichnungen, Anbau, Ueberbau und Neubau ist streitig. Im vorliegenden Falle vertrat die verklagte Behörde den Standpunkt, daß die Befreiung von der Steuer sich nur auf Gebäude beziehe, die auf einem bisher leeren Platze errichtet würden, also vollständige Neubauten. Dieser Standpunkt erscheint nach der Ansicht des Oberverwaltungsgerichts unhaltbar und ist weder aus dem Wortlaut noch dem Sinn des Gesetzes abzuleiten. Das Gesetz spricht nicht wörtlich von „Neubauten", sondern von fertiggestellten Gebäuden (wykończony budynek), auf die sich die steuerliche Befreiung beziehen soll, und dieser Ausdruck ist bestimmt weit auszulegen. Wenn ein gewöhnlicher Ueberbau nicht unter die steuerliche Befreiung fallen soll, so ist unter Ueberbau sicher nicht ein Gebäude zu verstehen, das nur auf einzelnen Teilen eines alten Gebäudes errichtet wurde (Fundament, alte Mauerreste). Der Sinn des Gesetzes zwingt vielmehr zu der Ansicht, daß als ein neuerbautes Gebäude auch ein solches anzusehen ist, bei dem ältere Teile in Bezug auf ihre Bedeutung und Ausmaße von wirtschaftlichem und technischem Standpunkt dem neuerstandenen Bau nicht den Charakter eines Neubaus nehmen (im Gegensatz zu einem gewöhnlichen Anbau oder Ueberbau). Es ist dabei jeder Fall nach den faktischen Umständen zu beurteilen. Unzweifelhaft verfolgte der Gesetzgeber mit der steuerlichen Befreiung den Plan, dem Wohnungsmangel durch Neubauten abzuhelfen und zur Errichtung neuer Wohnungshäuser im Gegensatz zu bloßen Ueberbauten und Anbauten anzuregen. Dabei ist aber der Ausdruck neuerstandener Bau (wykończony budynek) weit auszulegen und nicht auf vollständig neuerrichtete Bauten zu begrenzen. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes L 2459/28).

Verspätete Buchung

Das Gewerbesteuergesetz bezeichnet die Umsatzsteuer von getätigten Umsätzen mit 2 Prozent mit den in diesem Artikel ausgeführten Ausnahmen und führt u. a. im Abs. b) den ½ prozentigen Steuersatz ein bei Umsätzen mit Artikeln des ersten Bedarfs seitens Handelsunternehmen bei Engrosverkauf, ferner im Abs. c) dieses Artikels den 1 prozentigen Umsatz bei Umsätzen von Unternehmen des Kleinverkaufs von Lebensmitteln des ersten Bedarfs. Außerdem bestimmt Art. 7, daß der Engrosverkauf ausschließlich durch ordnungsmäßig geführte Handelsbücher nachgewiesen werden muß, und als Engrosverkauf der Umsatz von Waren aller Art ausschließlich an Kaufleute und Industrielle zwecks Weiterverkaufes oder weiterer Produktion angesehen wird.

Im vorliegenden Falle hat die klägerische Firma die Anwendung des ½ prozentigen an Stelle des 1 prozentigen Steuersatzes aus dem Grunde verlangt, weil sie ein Handelsunternehmen mit Artikeln des ersten Bedarfs betreibt.

Nun ist festzustellen, daß für die Zuerkennung des ½ prozentigen Satzes es nicht genügt, daß das betreffende Unternehmen Verkäufe mit Artikeln des ersten Bedarfs getätigt hat, sondern daß es unabhängig davon notwendig ist, daß der Verkauf ein Engrosverkauf war, sowie daß er durch ordnungsmäßig geführte Bücher nachgewiesen wurde, wobei in diesem Falle die klägerische Firma zum Nachweis ihres in der Steuererklärung angegebenen Umsatzes Handelsbücher nicht vorlegen konnte, da diese noch nicht abgeschlossen waren, wodurch sie also den Engrosverkauf von Artikeln des ersten Bedarfs nicht nachgewiesen hat; der die Anwendung des ½proz. Steuersatzes bei ihr begründen würde.

Wenn also die beklagte Behörde für den Verkauf von Artikel des ersten Bedarfs schon aus diesem Grunde den ermäßigten ½ prozentigen Steuersatz nicht zuerkannt hat, so hat das Oberste Verwaltungsgericht in diesem Verfahren weder einen Verfahrensfehler, noch eine Verletzung des Gesetzes erblickt. (Auszug aus dem Urteil N. T. A. Reg. Nr. 579/28.)

Ausgaben für einmalige größere Reparaturen sind vom Einkommen abzugsfähig

Bei der Steuerbemessung für eine größere polnische Verkehrsgesellschaft wurden von den Veranlagungsbehörden Ausgaben für größere Reparaturen (gänzlicher Umbau einer Brücke, Ueberholung des Lokomotivenparks) dem (versteuerbaren) bilanzmäßigen Reingewinn der Gesellschaft mit der Begründung zugeschrieben, daß diese Ausgaben einmal für eine größere Anzahl Jahre getätigt wurden und nicht mit der Erlangung des Einkommens im Zusammenhang standen. Die Gesellschaft klagte gegen diese Entscheidung beim Obersten Verwaltungsgericht, das dieselbe durch Urteil vom 15. Oktober 1930 (Aktenzeichen L. Rej. 3550/28) aufhob und bestimmte, daß Ausgaben für Investierungen, die für einen größeren Zeitraum als ein Kalenderjahr getätigt werden, als abzugsfähige Ausgaben zur Erlangung und Erhaltung des Einkommens (Art. 6) gelten, wenn sie nur dazu dienen, die Einkommensquelle in den alten Grenzen weiter zu erhalten. Nicht abzugsfähig sind dagegen Ausgaben zur Vergrößerung oder Verbesserung der Einkommensquelle.

Ausfuhr von geschlachtetem Geflügel umsatzsteuerfrei

Gemäß Rundschreiben des Finanzministeriums vom 22. 1. 1931 ist die Ausfuhr von geschlachtetem Geflügel vom 1. Dezember 1930 an umsatzsteuerfrei. Der Export muß durch Bücher, Zolldeklarationen usw. nachgewiesen werden. P.

Deutsche Wirtschaftsprobleme

Es sieht wie ein unlösbarer Widerspruch aus, wenn der Siemens-Konzern für seine Schwachstromabteilung 14 v. H. Gewinn ausschütten will, während gleichzeitig der Krupp-Konzern einen Verlustabschluss meldet, aus dem Krupp von Bohlen und Halbach in der Hauptversammlung der Gesellschaft den Schluss gezogen hat, dass

Selbstkostenkrise und Arbeitslosigkeit

durch besondere Massnahmen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber überwunden werden müssten. Aus dieser Gegenüberstellung geht aber nicht hervor, dass es einigen Grossbetrieben in Deutschland gut ginge, während andere Betriebe um so schlechter dastünden. Wenn Siemens einen Gewinn ausschüttet, der dem Vorjahrsgewinn gleichkommt, so dürfen die dafür entscheidenden Gründe nicht missachtet werden. Auf die einfache Formel, dass es der Wirtschaft angesichts solcher Gewinne doch gut gehen müsse, dass es also ein Unrecht, wenn nicht ein soziales Verbrechen sei, trotzdem oder gerade deswegen Löhne und Gehälter abzubauen sowie Feierschichten einzulegen und Arbeiter zu entlassen, lässt sich dieser Widerspruch nicht bringen. Siemens hat zur Durchführung der technischen Ueberholung aller Werke, sowie zu ihrem Ausbau grosse Kapitalien im Auslande, insbesondere in New York, aufnehmen müssen, weil, das ist der Kernpunkt der Sache, auch ein Grosskonzern von musterhafter Betriebsführung und Einrichtung nicht in der Lage ist, soviel neues Kapital zu bilden, um sich selbst oder doch im Inland mit dem unbedingt notwendigen Betriebskapital zu versorgen. Es geht nicht nur dem Siemens-Konzern so, dass die Werksleitung davon überzeugt ist, dass es für die wirtschaftliche und finanzielle Widerstandsfähigkeit des Betriebes besser sein würde, auf jede Gewinnausschüttung zu verzichten. Wenn das auch nur in einem Jahre über die ganze Wirtschaft hinweg versucht würde, so würde die Folge nur die sein, dass alle Börsen mangels jeder Tätigkeit sowie der Unmöglichkeit, Kurse festzusetzen, ihre Tore schliessen müssten. Ob Kapital knapp oder reichlich angeboten wird, immer drängt es zur höchsten Verzinsung, so dass ein Unternehmen, das dem nicht Rechnung trüge, sehr bald den Atem verlieren müsste. Auch der Siemens-Konzern hat sich bei seiner Gewinnpolitik nicht davon leiten lassen, den Aktionären eine Freude zu bereiten, sondern davon, was unter den gegebenen Verhältnissen betriebswirtschaftlich am zweckmässigsten sein würde. Von der gleichen Erwägung aus ist der Krupp-Konzern dazu gekommen, einen Gewinn nicht auszuschütten, sondern buchhaltungsmässig einen Verlust auszuweisen.

Wer darin

machtpolitische Gedankengänge

sieht, wer glaubt oder glauben macht, dass der privatkapitalistischen Wirtschaft das Schicksal der Arbeiter und Angestellten gleichgültig sei, übersieht völlig, dass auch die Wirtschaft damit rechnen muss, dass sie ihren Rückhalt hauptsächlich in der Kaufkraft der 30 Millionen Kopf- und Handarbeiter im Inland hat. Allein die These, dass hohe Löhne unter allen Umständen auch hohe Kaufkraft bedeuten, ist durch die Entwicklung leider widerlegt worden. Wem der Hinweis auf die Entwicklung in Deutschland nicht genügt, muss die Erfahrung berücksichtigen, die in der gleichen Sache in England und in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Die hohen Löhne in den angelsächsischen Ländern haben den Abstieg der Konjunktur nicht verhindert, ebensowenig eine Arbeitslosigkeit, die verhältnismässig gerade so gross oder noch grösser ist als in Deutschland. Hohe Löhne wie überhaupt hohe Einkommenteile allein bestimmen noch nicht die Kaufkraft, wenn nicht auch

ein grosser Kapitalreichtum

des Landes selbst hinzukommt. Auch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ist von entscheidendem Einfluss auf die Kaufkraft, ganz abgesehen davon, dass jede Wirtschaft unbedingt die Gesamtkosten der Produktion mit Einschluss der öffentlichen Last aufbringen muss. Es ist immerhin der Beachtung wert, wenn ein Wirtschaftsführer wie Krupp von Bohlen und Halbach den

Gedanken einer neuen Arbeitsgemeinschaft

ernsthaft zur Verhandlung stellt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen das gegenseitige Misstrauen überwinden, müssen sich klar darüber werden, dass das Zerren an der Decke des Gesamteinkommens nicht hilft. Dies Gesamteinkommen ist abhängig von Grösse und Umfang der Produktion, so dass es aus diesem Grunde schon unmöglich ist, einen Teil willkürlich höher schrauben zu können. Der Lohn- und Gehaltsblock ist 1929 vom Institut für Konjunkturforschung auf 46 Milliarden Mark geschätzt worden bei einem Volkseinkommen, das das gleiche Institut auf fast 70 Milliarden Mark schätzte. Dass dieses Volkseinkommen in dieser Höhe nach der Krise von 1930 nicht mehr aufgebracht wird, steht ausser Zweifel ebenso, dass auch der Lohn- und Gehaltsblock nicht mehr 46 Milliarden Mark betragen kann. Aber sehr erheblich hat er sich nicht verändert, was durch das Aufkommen der Lohnsteuer bewiesen wird, die zwar Rückgänge aufzeigt, aber nicht in dem Masse, wie das ein ausserordentlicher Rückgang des Lohn- und Gehaltsblocks mit sich bringen würde. Wer sich dieser Sachlage gegenüberstellt, muss zugeben, dass die von der Regierung Brüning eingeleitete Politik, die Produktionskosten zu senken, vor dem Lohn- und Gehaltsblock nicht Halt machen kann. Dieser selbst soll als solcher nicht gedrückt werden, wohl aber eine Verteilung erfahren, die es möglich macht, auch die Arbeiter wieder in den Produktionsprozess einzureihen, die heute leider stempeln gehen müssen. Es hängt von der Entwicklung der Produktion sowie von der Marktlage ab, ob diese neue Form der Arbeitsgemeinschaft sich auch darin bewährt, dass nach Wiedereinreihung der Arbeitslosen die Löhne und Gehälter auch ohne nominelle Steigerung die Kaufkraft von 1930 zurückgewinnen können. Das Jahr 1930 wird deshalb als Ausgangspunkt gewählt, weil die Lebenshaltungskosten nicht unerheblich unter dem Preisspiegel von 1929 gelegen haben.

Die polnische Getreideausfuhr im Jahre 1930

Die Getreideausfuhr aus Polen behauptete sich 1930 auf hoher Basis. Im Laufe von elf Monaten hatte Polen 737 336 t Getreide und Getreideprodukte im Werte von 161 448 000 zł ausgeführt, während sich diese Ausfuhr im Laufe von elf Monaten des Jahres 1929 auf 429 950 t im Werte von 141 600 000 zł belief. Jedoch war sogar die derart gesteigerte Ausfuhr nicht imstande, den Inlandsmarkt vom Ueberangebot zu entlasten.

Die polnischen Ausfuhrprämien in der Zeit vom 1. 8. 1930 bis 15. Januar 1931

D.P.W. Das polnische Industrie- und Handelsministerium hat in der Zeit vom 1. 8. 1930 bis 15. 1. 1931 folgende Ausfuhrprämienscheine ausgegeben:

Roggen	169 085 t	— 10 145 000 zł
Gerste	115 425 t	— 4 617 000 zł
Weizen	37 590 t	— 2 245 400 zł
Mehl	53 890 t	— 6 113 100 zł
Malz	1 085 t	— 127 800 zł
f. Grütze	120 t	— 12 000 zł
insgesamt		23 271 000 zł

Was die Verteilung auf die einzelnen Monate anbetrifft, so ergibt sich folgendes Bild:

August	1930	4 819 100 zł
September	1930	5 055 200 zł
Oktober	1930	4 882 700 zł
November	1930	2 811 800 zł
Dezember	1930	2 917 800 zł
Januar 1.—15.	1931	2 786 400 zł
insgesamt		23 271 000 zł

Aus der Zusammenstellung geht hervor, dass die Januar-Ausfuhr von Getreide- und Getreideprodukten verhältnismässig hoch ist, wenn man in Erwägung zieht, dass die Ausfuhr schon in der ersten Januarhälfte fast so hoch ist, wie der Export im ganzen Vormonat.

Ermässigung der polnischen Frachttarife für Roggen und Mehl gefordert

D.P.W. Aus Wilna wird gemeldet, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften der polnischen Nord- und Ostwojewodschaften an das polnische Verkehrsministerium ein dringendes Gesuch um Ermässigung der Frachttarife gerichtet haben. Es handelt sich dabei um den Zufuhrtarif vom Landwirt bis zu den Mühlen, welche für die dortige Landwirtschaft die ausschliesslichen Getreideabnehmer sind. Zwar trete dann und wann auch die polnische Militärintendantur als Käufer auf, doch sind deren Transaktionen zu unbestimmt. In dem Antrag wird weiter betont, dass bis zum Jahre 1926 die Zufuhrtarife um 30 Prozent niedriger lagen, obwohl damals die Konjunktur der Mühlen bedeutend besser war. Der Antrag wurde durch die zuständigen Industrie- und Handelskammern befürwortet.

Der Rückgang des polnischen Schweineexportes

Im Jahre 1930 fiel der polnische Schweineexport auf 770 000 Stück gegen 960 000 Stück im Vorjahr. Der Rückgang wurde jedoch vollkommen gedeckt durch die Zunahme der Ausfuhr von Fleischwaren, insbesondere von Bacon. Nach den Berechnungen des Verbandes der polnischen Baconindustrie entspricht die vorjährige Baconausfuhr einer Menge von 550 000 Stück Schweinen, die Baconausfuhr von 1929 aber 350 000 Stück Schweinen.

Lebensmittelpreisabbau

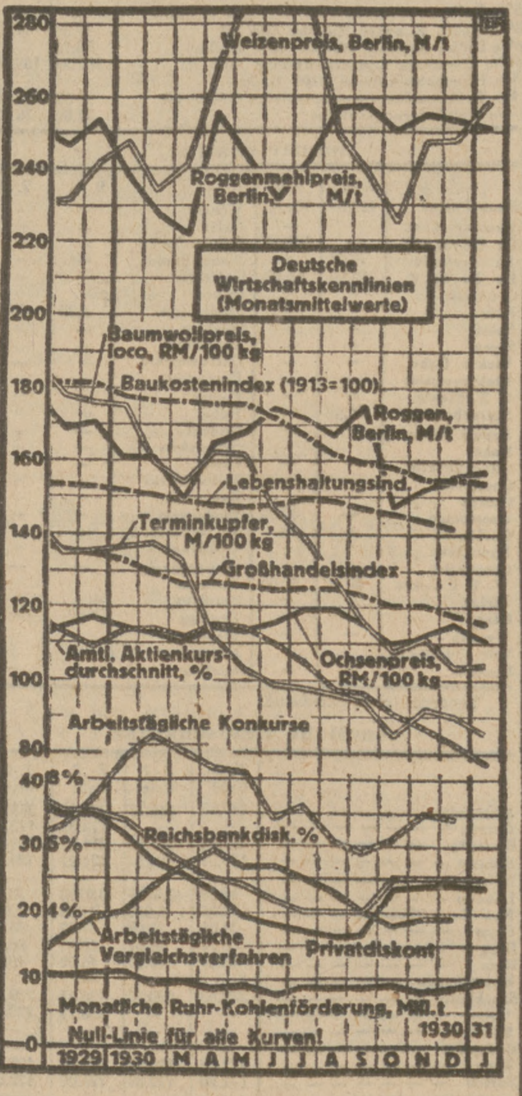
D.P.W. Der Warschauer Hotelierverband hat beschlossen, die Preise für sämtliche Mahlzeiten um 10—25 Prozent zu ermässigen. Auch der Magistrat der Stadt Warschau befasst sich gegenwärtig mit der Aufstellung eines Preisabbauprogramms für Lebensmittel. Von der Preisabbaubewegung sind in erster Linie die Lebensmittelpreise erfasst worden, obwohl ihr Niveau im Vergleich mit den Preisen für Industrieartikel ohnehin bereits niedrig gewesen ist.

Deutsche Wirtschaftskennlinien

(Monatsmittelwerte.)

Die amtliche deutsche Grosshandelskennzahl geht nunmehr schon seit anderthalb Jahren ziemlich gleichmässig zurück. Etwas weniger schnell folgt die Lebenshaltungszahl; der Baukostenindex, der um die Mitte des vorigen Jahres ziemlich schnell gefallen war, folgt jetzt etwas langsamer.

Die Getreidepreise, die nach dem Herauskommen der Ernte von ihrem hohen Sommerstand etwas



heruntergegangen waren, zeigen jetzt wieder ein Ansteigen. Der Viehpreis (Ochsenpreis in Berlin) zeigt nur verhältnismässig geringe Schwankungen. Die Preise für Baumwolle und für Kupfer sind im Laufe des letzten Jahres stark gesunken; der Kupferpreis scheint die eingeschlagene Richtung noch weiter zu verfolgen, der Baumwollpreis deutet bereits wieder etwas in die Höhe.

Fast geradlinig abwärts bewegt sich nun schon seit dem Mai der amtlich festgestellte Durchschnittskurs der Aktien. Die Zahl der auf den Arbeitstag berechneten Konkurse ist im Oktober und November neu angestiegen; der Dezember hat wieder einen leichten Rückgang gebracht; für den Januar liegt eine abschliessende Zahl noch nicht vor. Die Vergleichsverfahren zeigten in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres nur einen leichten Anstieg. Der Privatdiskont hat sich in seiner Bewegung dem Reichsbanksatz stark genähert.

Abschluss der Kampagne in den Zuckerfabriken Grosspolens

Die Verarbeitungskampagne ist in sämtlichen Zuckerfabriken Grosspolens beendet. Als letzte schlossen die Fabriken in Samter (am 15. Januar) und in Witaszyce (am 16. Januar) ihre Kampagne ab.

Nach den letzten Berechnungen stellen sich die Ergebnisse der diesjährigen Verarbeitungskampagne folgendermassen dar: Die 24 Fabriken des Westpolnischen Verbandes nahmen von 98 433 ha Fläche insgesamt 28 681 762 dz Rüben auf. Hergestellt wurden daraus 4 258 021 dz Weisszucker. In der vorigen Kampagne betrug die Anbaufläche 112 173 ha, verarbeitet wurden 26 236 115 dz, das Ergebnis waren 4 410 930 dz Zucker. Diese Ziffern lassen das Verhältnis der Rübenernten in den beiden Jahren deutlich erkennen: 1930 brachte eine quantitativ ausserordentlich gute Ernte mit einem Durchschnittsertrag von 291 dz pro ha gegen 234 dz im Vorjahre. Hinsichtlich des Zuckergehalts dagegen übertraf die vorjährige Ernte mit dem Rekord-Prozentsatz von durchschnittlich 19 Prozent erheblich die von 1930, deren Rüben im Durchschnitt 17.5 Prozent Zucker enthielten. Der Abschluss der diesjährigen Kampagne kennzeichnet sich also durch folgende Momente: eingeschränkte Anbaufläche, trotzdem grössere Ernte, aber geringere Zuckererträge.

Die quantitativ gute Ernte hat bewirkt, dass der Durchschnitts-Zuckerertrag pro ha von 39.3 dz (Vorjahr) auf 43.3 dz stieg.

Ein ähnliches Bild ergibt die für das gesamte polnische Staatsgebiet aufgestellte Statistik: Anbaufläche 177 348 ha, verarbeitete Rübenmenge 46 143 162 dz, Zuckerertrag 6 960 341 dz gegen 242 014 ha Anbaufläche, 50 530 533 dz Rüben und 8 255 700 dz Zuckerertrag im Jahre 1929.

Die Zuckerausfuhr betrug in den ersten 3 Monaten der Kampagne 1930/31: über Gdingen 42 230 t (1929 — 81 108 t), über Danzig 113 627 t (1929 — 185 128 t), über Hamburg 21 740 t (1929 — 76 520 t). Der zu verzeichnende Rückgang ist somit recht erheblich, er beträgt in absoluten Ziffern 165 159 t, prozentmässig ausgedrückt 48.1 Prozent. Bemerkenswert ist der verhältnismässig geringe Rückgang der Ausfuhr über Danzig, der nur 38.9 Prozent beträgt; dagegen ist die Ausfuhr über Hamburg bedeutend stärker, um 71.3 Prozent, zurückgegangen. Der Rückgang der Zuckerausfuhr über Gdingen entspricht der Gesamtverminderung und beträgt 48.1 Prozent.

Auf dem Auslandsmarkt wurden insgesamt während der ersten 3 Monate der Kampagne 88 310 t abgesetzt, gegen 86 771 t im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Eine geringe Zunahme um 1 539 t (1.7 Prozent) also. Berücksichtigt man jedoch den Oktober mit, der einen ganz anormal niedrigen Absatz brachte, so ergibt sich gegen die Monate Oktober—Januar der vorjährigen Kampagne auch beim Inlandsabsatz ein Rückgang, der 1 216 t (1.2 Prozent) beträgt.

Polens Landwirtschaft fordert ein Notprogramm

Preissenkung in der Industrie, Einschränkung des Staatshaushaltes und billige Kredite

Der Generalrat der polnischen Landwirtschaftsverbände hat kürzlich in Warschau eine Sitzung abgehalten, in der er zu der durch den letzten Preissturz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse geschaffenen Lage Stellung nahm. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde ein Notprogramm aufgestellt, das der Regierung unterbreitet werden soll und u. a. folgende Forderungen enthält:

Da für eine Besserung der Preise für landwirtschaftliche Produkte immer geringere Aussichten bestehen, bleibt als einziger Ausweg nur die Senkung der eigenen Wirtschafts- und Gestehungskosten. Diese aber ist nur möglich, wenn die Preise für Industrieerzeugnisse, die der Landwirt in seiner Wirtschaft braucht, einem radikalen Abbau unterzogen und wenn vor allem

die erdrückenden Steuer- und Soziallasten gesenkt werden.

Die Leistungen, die der Landwirt gegenwärtig für den Staat, für die Selbstverwaltungskörper und die Versicherungsanstalten aufzubringen hat, verteuern seine Wirtschaftskosten ganz ungeheuer, so dass er angesichts des gegenwärtigen Preistiefstandes geradezu gezwungen ist, mit Verlust zu arbeiten. Vor allem machen die Krankenkassen mit ihrer unvernünftig harten Beitragspolitik der Landwirtschaft, besonders dem grösseren Grundbesitz, das Leben sauer.

Mit grosser Besorgnis verfolgt die Landwirtschaft ferner die diesjährigen Beratungen über den Staatshaushalt. Ein Defizit, das ja nach den Ausführungen des Finanzministers drohend über uns hängt, würde unsere Valuta zweifellos schwer gefährden und damit eine neue Gefahr für die Wirtschaft heraufbeschwören, der diese kaum noch gewachsen sein dürfte. Daher fordert die Landwirtschaft die Regierung auf, energisch an eine Kürzung des Staatshaushaltes heranzugehen, alle Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, zu streichen und im Rahmen dieser Aktion auch eine grundlegende Reform der Sozialversicherung durchzuführen.

Die Landwirtschaft verlangt ferner, dass auch an

Hilfsmassnahmen zugunsten von Handel, Handwerk und Industrie

gedacht wird, denn sie ist sich darüber klar, dass die Interessen aller Kreise der Wirtschaft innig miteinander verknüpft sind und dass daher alle Bestrebungen, die nur die Interessen eines Kreises berücksichtigen, von vornherein zu Erfolglosigkeit verurteilt sind.

Andererseits werden alle Anstrengungen und Massnahmen nicht imstande sein, die Wirtschaftsverhältnisse wieder auf den alten Stand zu bringen, da die erschütterte Weltmarktskonjunktur in erster Linie an der Vernichtung der Rentabilität schuld ist. Eine wirkliche Sanierung kann daher nur erfolgen, wenn die Weltkonjunktur sich bessert; um aber der Landwirtschaft das Ueberdauern der kritischen Zeit zu erleichtern, müssen ihr billigere und leichter zu erlangende Kredite zugänglich gemacht werden.

Bei dem gegenwärtigen Rentabilitätsschwund kommt die Aufnahme einer Anleihe für den Landwirt fast einem Todesurteil gleich;

die hohen Zinsen fressen durch ständige Substanzverminderung sein Vermögen einfach auf. Da ausserdem die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite gegenwärtig vielfach unmöglich ist, werden durch sie viele Wirtschaften gewaltsam dem Ruin entgegengetrieben. Daher fordert die Landwirtschaft die Bereitstellung grösserer Fonds für die Hergabe billigerer, länger befristeter Kredite und die Umwandlung der laufenden kurzfristigen Kredite in mittel- und langfristige auf dem Wege einer allgemeinen Umschuldung.

Ferner erachtet der Generalrat die Wiedereinführung der völligen Handelsfreiheit in bezug auf landwirtschaftliche Grundstücke für notwendig; er verlangt daher eine

Reform der gegenwärtig geltenden Vorschriften über die Parzellierung und Agrarreform.

Nur dadurch kann ein Steigen der so katastrophal gefallenen Grundstückspreise ermöglicht werden.

Zum Schluss warnt der Generalrat die Regierung nachdrücklich davor, ihre Hoffnung auf Auslandsanleihen zu setzen, die, wenn sie überhaupt gewährt werden, mit schweren Opfern erkauft werden müssen. Polen muss sich darauf einrichten, der wirtschaftlichen Not aus sich selbst Herr zu werden; diesem Zweck soll das vorliegende Notprogramm dienen.

Die Schweineausfuhr nach Oesterreich

Grundsätzliche Einigung zwischen dem polnischen Exportsyndikat und den österreichischen Kommissionären.

Der Direktor des polnischen Schweineexportsyndikates, Litwinowicz, hat in den letzten Tagen in Wien über den für das laufende Jahr abzuschliessenden Vertrag zwischen dem polnischen Exportsyndikat und den österreichischen Kommissionären über die Schweinelieferungen aus Polen nach Oesterreich verhandelt. Im allgemeinen galt es hierbei, die detaillierten Modalitäten festzusetzen, denn die Gesamthöhe des Jahreskontingentes ist auf Grund der Haager Vereinbarungen von 1930 bis einschliesslich 1932 mit 566 000 Stück per Jahr festgesetzt. Im vorigen Jahr hat Polen das Kontingent nicht voll ausgenützt, sondern um 128 000 Stück oder 23 Prozent unterschritten. In den letzten Monaten haben sich jedoch starke Mehrlieferungen ergeben, die hauptsächlich wegen der Absperrung des tschechoslowakischen Marktes entstanden sind. Bei den letzten Verhandlungen war nun festzustellen, innerhalb welchen Zeitraumes diese Ueberlieferungen ausgeglichen werden sollen. Bis auf wenige Einzelfragen wurde eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt, und man rechnet damit, dass der Vertrag in den nächsten Tagen unterzeichnet wird. Dabei sollen die Anlieferungen per Monat genau abgegrenzt und womöglich auch für die einzelnen Märkte vereinbart werden, um durch eine stabile Belieferung stärkere Schwankungen in den Schweinepreisen auf Grund der polnischen Lieferungen, wie sie gerade in den letzten Tagen vorgekommen sind, zu verhindern.

Posener Viehmarkt.

Posen, 10. Februar 1931.

Auftrieb: Rinder 750 (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2051, Kälber 839, Schafe 295, Ziegen —, Ferkel —. Zusammen 3935.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	90—104
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	78—88
c) ältere	64—74
d) mäßig genährte	50—56
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	82—90
b) Mastbullen	70—80
c) gut genährte, ältere	62—66
d) mäßig genährte	50—56
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—100
b) Mastkühe	78—88
c) gut genährte	60—70
d) mäßig genährte	40—50
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—100
b) Mastfärsen	80—88
c) gut genährte	66—76
d) mäßig genährte	50—56
Jungvieh:	
a) gut genährtes	50—56
b) mäßig genährtes	40—50
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	110—120
b) Mastkälber	94—104
c) gut genährte	84—90
d) mäßig genährte	70—80
Schafe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	130—146
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	110—128
c) gut genährte	90—106
d) mäßig genährte	—
Mastschweine:	
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	118—124
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	110—116
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	100—108
d) fleischige Schweine von mehr als	
e) 80 kg	90—96
Sauen und späte Kastrate	100—110
f) Bacon-Schweine	90—100

Marktverlauf: normal

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte.

Getreide. Posen, 10 Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań

Transaktionspreise:

Roggen 30 to	16.75

Richtpreise:

Weizen	18.75—19.50
Roggen	16.25—16.50
Mahlgerste	19.00—20.50
Braugerste	25.00—27.00
Hafer	17.75—18.75
Roggenmehl (65%)	26.00
Weizenmehl (65%)	33.00—36.00
Weizenkleie	12.50—13.50
Weizenkleie (dick)	14.00—15.00
Roggenkleie	11.00—12.00
Rübsamen	41.00—43.00
Senf	42.00—47.00
Sommerwicke	28.00—31.00
Peluschken	30.00—33.00
Viktoriaerbsen	25.00—30.00
Seradella	55.00—62.00
Blaulupinen	19.00—21.00
Gelblupinen	29.00—32.00
Klee, rot	200.00—300.00
Klee, weiss	330.00—370.00
Klee, schwedisch	180.00—210.00
Klee, gelb, ohne Schalen	110.00—125.00
Klee, gelb, in Schalen	58.00—65.00
Timothyklee	80.00—100.00
Raygras	95.00—110.00
Buchweizen	24.00—27.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 45 to, Weizen 135 to, Gerste 15 to, Hafer 15 to.

Produktenbericht. Berlin, 9. Februar. Nach ruhigem Vormittagsverkehr setzte sich an der ersten Produktenbörse dieser Woche eine Befestigung durch, von der allerdings in der Hauptsache der handelsrechtliche Lieferungsmarkt profitierte. Neben den festen Auslandsmeldungen stimulierten anscheinend die sich erhaltenden Gerüchte über Wiedereinführung von Einfuhrscheinen. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen bis 1.50 Mark, Roggen in allen Sichten 0.75 Mark höher ein, während Hafer bis um 2.25 Mark fester eröffnete.

Für das mässige Angebot im Promptgeschäft waren die Forderungen für Brotgetreide um etwa 1 Mark erhöht, konnten jedoch bei der vorsichtigen Kauftaktik der Mühlen nicht immer durchgeholt werden, zumal das Mehlgeschäft sich weiterhin nur auf die Deckung des laufenden Bedarfes beschränkt. Die Preise für Weizen- und Roggenmehle waren wenig verändert. Hafer ist bei mässigem Angebot gut behauptet, Gerste liegt weiter ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 9. Februar. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.35—1.60 zł. Aufgetrieben wurden 2011 Stück. Tendenz: behauptet.

Krakau, 9. Februar. Preise für 1 kg Lebendgewicht loko Markt in Złoty für 1 kg: Bullen 0.64 bis 1.10, Rinder 0.74—1.12, Kühe 0.50—1.00, Färsen 0.72—1.12, Kälber 0.95—1.55, Schweinefleisch Lebendgewicht 1.00—1.41, Schlachtgewicht 1.30—1.80, Nierentalg 1.20, Talg 1. Sorte 0.80, 2. Sorte 0.50. Tendenz: weiterhin schwach, bei leichter Preissenkung, dagegen zogen die Preise für Färsen leicht an.

Warschauer Börse.

Warschau, 9. Februar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.91, Goldrubel 4.71, Tscherwonetz 0.46 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.75, Berlin 212.19, Budapest 155.78, Bukarest 5.31, Danzig 173.40, Helsingfors 22.46, Spanien 90.50, Kairo 44.51, Kopenhagen 238.91, Oslo 238.93, Riga 171.70, Sofia 6.48, Tallinn 237.60, Montreal 8.916.

Fest verzinsliche Werte.

	9. 2.	7. 2.
5% Dollarprämien-Anleihe (II. Serie (5 Doll.)	—	—
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	47.50	47.50
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	70.75	—
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	102.25	103.50
5% Eisenbahn Anleihe (100 G.-Fr.)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	96.50	95.00
7% Stabilisierungsanleihe	77.00	78.00

Industrieaktien.

	9. 2.	7. 2.		9. 2.	7. 2.
Bank Polski	151.00	151.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i W.	—	108.00	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	70.00	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	65.00	65.00	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	—
Puls	—	—	Modrzejów	8.25	8.25
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	11.50	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	30.00	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	30.00	30.00	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	
Sole Potasowe		—	Kijewski	—	
Drzewo	—	—	Mirków		—

Tendenz: leicht anziehend.

Amtliche Devisenkurse.

	9. 2 Geld	9. 2. Brief	7. 2 Geld	7. 2. Brief
Amsterdam	357.57	359.37	357.58	359.38
Danzig	—	—	172.93	173.79
Berlin*)	211.90	212.50	211.89	212.53
Brüssel	124.31	124.94	124.27	124.89
Helsingfors	—		—	—
London	43.29	43.5050	43.2750	43.49
New York (Scheck)	8.896	8.936	8.896	8.936
Paris	34.91	35.09	34.90	35.07
Prag	26.34	26.47	26.34	26.47
Rom	46.62	46.87	46.62	46.87
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	238.53	239.73	238.47	239.67
Oslo	—	—	238.28	239.48
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.09	125.71	125.09	125.71
Zürich	171.98	172.84	172.00	172.85

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: uneinheitlich, Dollar etwas anziehend.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen ohne Gewähr.

Posener Börse.

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	10. 2.	9. 2
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł.)	47.00G	46.75G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	92.00G	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	89.25 +	89.25
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	37.00G	37.50B
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos.Pr.-Obl. m. p.Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	94.00G
8% Hypothekenbriefe	—	

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	10. 2.	9. 2.		10. 2.	9. 2.
Bank Polski	150.0+	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Viktor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	90.00G	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage. B = Angebot, + = Geschäft, * ohne Umsatz.

Danziger Börse

Danzig, 9. Februar. Reichsmarknoten 122.40, Złotynoten 57.67½, London 25.01¾. Dollarnoten 5.1425.

Am Devisenmarkt war das Pfund heute mit 25.01¾ für Scheck London notiert. Reichsmarknoten 122.40, Auszahlung Berlin 122.35. Dollarnoten 5.1374—1476. Złotynoten 57.62—73. Auszahlung Warschau 57.61—72.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 10. Februar. (R.) Da die hohen Kurse des heutigen Vormittagsverkehrs zu Beginn der offiziellen Börse sich nicht behaupten konnten, die Notierungen aber immer noch etwas über den gestrigen Schlusskursen lagen, ist die Tendenzbezeichnung „freundlich" gewählt worden. Weiteren, wenn auch nicht den Erwartungen entsprechenden Käufen der Kundschaft standen limitierte Verkaufsaufträge gegenüber, auch die Banken sollen eher Material abgegeben haben, um die Kurse nicht übertrieben hochschnellen zu lassen. Die vorliegenden Momente waren durchaus günstiger Natur, allerdings erwartet man die Veröffentlichung weiter verschlechterter Arbeitslosenziffern. Svenska gewannen 5 Mk., B.M.W. und Karstadt plus plus plus. Tietz erneut schwächer. Geld unverändert, Tagesgeld auf 4 bis 6 Prozent ermässigt. Im Verlaufe eher abbröckelnd.

Terminpapiere.

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	10. 2.	9. 2		10. 2.	9. 2
Dt. R.-Bahn	87.75	87.12	Ges. f. e. Unt.	115.00	115.75
A.G.f.Verkehr	53.75	51.00	Goldschmidt	—	40.50
Hamb. Amer.	65.12	64.87	Hbg. Elkt. W.	110.25	111.50
Hamb. Südam.	128.75	129.25	Harpen Bgw.	80.00	78.50
Hansa	—	—	Hoesch	66.12	66.25
Nordd. Lloyd	66.62	65.75	Holzmann	80.25	81.25
Al.Dt.Kr.Ants.	97.50	97.75	Ilse Bergbau	—	170.50
Barmer Bank	100.50	101.50	Kali Asch.	135.25	139.00
Berl. Hls. Ges.	122.25	124.00	Klöcknerw.	60.50	60.25
Com. u. Pr. Bk.	111.50	112.25	Köln-Neuess.	72.00	—
Darmst. Bank	142.50	144.50	Mannesmann	69.75	68.25
Deutsch. Bank	110.25	111.00	Mansf. Bergb.	32.75	31.75
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	63.50	—
Dresdner Bank	110.25	111.00	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch. K.Bk.	—	—	Obschl.Eis.Bd	39.00	39.50
Reichsbk. Neue	149.87	149.75	Obsch. Koksw.	76.75	75.50
Schulth. Patz.	162.00	166.87	Orenst.u.Kop.	47.75	47.50
A. E. G.	102.50	101.00	Ostwerke		—
Bergmann	117.50	116.25	Phönix Bgbau	56.50	57.00
Berl. Masch.-F.	—	37.87	Rh. Braunkoh.	165.00	165.00
Buderus	48.87	50.00	Rh. Elktr. W.	—	109.37
Cop. Hisp. Am.	272.75	271.50	Rh. Stahlw.	74.00	72.12
Charl. Wasser		90.00	Riebeck	—	83.00
Conti Cautch.	118.00	117.00	Rütgerswerke	—	49.62
Daimler-Benz	24.25	24.00	Salzdetfurth	210.50	211.50
Dessauer Gas	116.00	116.75	Schl. Elek.-W.	113.50	114.00
Dt. Erdöl-Ges.	67.75	67.50	Schuck. u. Co.	123.25	121.50
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	180.37	180.00
Dynam. Nobel	68.62	—	Tietz, Leonh.	106.00	110.00
El. Lief.-Ges.	121.00	120.00	Transradio	—	—
El. Licht u. Kr.	118.50	116.00	Ver. Glanzstoff	—	—
Essen Steink.	—		Ver. Stahlw.	59.75	[illegible]
I. G. Farben	140.50	141.00	Westeregeln	145.25	146.50
Felten u. Guill.	84.75	83.25	Zellst. Waldh.	99.00	97.50
Gelsenk. Bgw.	79.50	79.00	Otavi	33.50	32.00

	10. 2	9. 2.
Ablös.-Schuld	53.75	53.40
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	5.40	5.40

Tendenz: freundlich.

Amtliche Devisenkurse.

	9. 2. Geld	9. 2. Brief	7. 2. Geld	7. 2. Brief
Buenos Aires	1.283	1.287	1.282	1.286
Bukarest	2.501	2.507	2.498	2.502
Canada	4.201	4.209	4.200	4.208
Japan	2.080	2.084	2.080	2.084
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.433	20.473	20.423	20.463
New York	4.2015	4.2095	4.2010	4.2090
Rio de Janeiro	0.365	0.367	0.362	0.364
Uruguay	2.837	2.843	2.807	2.813
Amsterdam	168.78	169.12	168.71	169.05
Athen	5.442	5.452	5.447	5.457
Brüssel	58.64	58.76	58.63	58.75
Danzig	81.66	81.82	81.63	81.79
Helsingfors	10.574	10.594	10.571	10.591
Italien	22.005	22.045	22.005	22.045
Jugoslavien	7.410	7.424	7.408	7.422
Kopenhagen	112.47	112.69	112.42	112.64
Lissabon	18.83	18.87	18.83	18.87
Oslo	112.44	112.66	112.40	112.62
Paris	16.475	16.515	16.47	16.51
Prag	12.433	12.453	12.433	12.453
Schweiz	81.17	81.33	81.185	81.345
Sofia	3.044	3.050	3.044	3.044
Spanien	42.51	42.59	42.91	42.99
Stockholm	112.56	112.78	112.52	112.54
Tallinn	111.91	112.13	111.79	112.01
Budapest	73.33	73.47	73.32	73.46
Wien	59.03	59.14	59.035	59.155
Kairo	20.945	20.985	20.935	20.975
Reykjawik 100 Kronen	92.03	92.21	92.00	92.18
Riga	80.91	81.07	80.89	81.05
Kaunas (Kowno)	41.94	42.02	41.94	42.02
Warschau	—	—	—	—

Kempen

gr. **Feuer.** Sonntag nachmittag brach auf dem Güterschuppen des Hauptbahnhofes Feuer aus. Es verbrannte ein in dem Schuppen sich befindender Bretterverschlag, in welchem ein eiserner Ofen stand. In diesem Raume hielten sich die diensttuenden Beamten auf. Die Ursache des Feuers ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

Kreistag. An Stelle des Rechtsanwalts Czechowski, welcher aus Kempen verzogen ist, wurde Herr Malak als neues Mitglied gewählt und aufgenommen.

Schildberg

t. **Der Landwirtsch. Verein Schildberg** feierte am Sonntag, dem 1. Februar, im Schützenhaus sein Wintervergnügen. Nicht nur die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sondern auch deren befreundete Familien aus der Stadt waren so zahlreich erschienen, daß der geräumige Saal die Teilnehmer kaum fassen konnte. Um 7 Uhr begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Herr Fiedler-Schildberg, die Anwesenden und sprach den Wunsch aus, daß jeder einzelne bei den folgenden Darbietungen und in gemeinsamer Fröhlichkeit einmal die jetzigen Haus- und Wirtschaftssorgen vergessen möchte. Angemessener Frohsinn und guter Mut bringen uns dann besser über die schweren Zeiten hinweg. Von den Teilnehmerinnen des Haushaltungskursus wurden ein lustiges Singspiel, Reigen, Tänze und ein Einakter: „Die Jagd nach dem Mann" recht flott vorgetragen. Reicher Beifall belohnte die Darsteller. Von 9 Uhr ab begann der Tanz, welcher durch eine Verlosung unterbrochen wurde.

gr. **Urteil.** Dieser Tage wurde der frühere Sejmabgeordnete Mieczysław Piątek aus Doruchow, Kreis Schildberg, wegen eines Vergehens gegen § 135 (Verletzung staatlicher Hoheitszeichen) auf einer öffentlichen Versammlung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt mit einer dreijährigen Bewährungsfrist. Piątek hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Jarotschin

× **Gerichtschronik.** Verurteilt wurde ein St. Szypura, der in eine Betrugsaffäre verwickelt war, zu einer Geldstrafe in Höhe von 33 Złoty oder zu 5 Tagen Gefängnis. Der Arbeiter Podemski, der gegenwärtig beschäftigungslos ist, wurde wegen Umherirrens in die Arrestzelle des hiesigen Gerichts gebracht, wo seine Personalien geprüft werden sollten. Hier beschädigte er den Ofen. In einem gegen ihn eröffneten Verfahren wegen Sachbeschädigung wurde er zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, worüber er sich sehr freute, da er nun wenigstens einige Zeit der Lebenssorgen enthoben ist. Auch ein Zeichen der Zeit! — Die Arbeiter Błaszczyk und Koraś hatten in Cilcz einen Einbruch bei einem armen älteren Geschwisterpaar verübt. Aus einem verschlossenen Kasten hatten sie 200 Złoty entwendet und waren damit verschwunden. Als sie von der Polizei ergriffen wurden, war das Geld bereits verjubelt. Das Gericht verurteilte die Einbrecher zu je 14 Tagen Gefängnis bei zweijähriger Bewährungsfrist, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Die Eltern der Diebe wollen die Gerichtskosten entrichten und dafür sorgen, daß den Bestohlenen die 200 Złoty zurückerstattet werden.

Kobylin

t. Eine gut besuchte Versammlung des Landw. Vereins fand am Montag, dem 2. d. Mts., um 2 Uhr bei Frau Taubner statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Oehlert-Czeluszyn, eröffnete die Sitzung und machte Herrn Karzel-Posen mit den Mitgliedern bekannt. Alsdann hielt Herr Karzel einen Vortrag über „Wirtschaftliche Tagesfragen". Am Schluß seiner Ausführungen sprach der Redner noch über die Anwendung und Rentabilität von eiweisreichem Futter an die Milchkühe im Verhältnis zu den jetzigen Milchpreisen. In der folgenden Aussprache wurde das Thema noch weiter erörtert. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Sitzung um 5 Uhr geschlossen.

Inowroclaw

z. **Eine tüchtige Postagentin.** Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich am Freitag die Postagentin Marja Kwarcinska von der Postagentur Rojewice, Kr. Inowroclaw, zu verantworten. Sie ist angeklagt, Amtsgelder in Höhe von 2256 Złoty veruntreut zu haben. Wie die Untersuchung seinerzeit ergab, hat die Angeklagte eingegangene Gelder, die zur Auszahlung bestimmt waren, in ihre Tasche gesteckt und die Unterschriften der Empfänger gefälscht. Diese Manipulationen konnte die Angeklagte einige Jahre hindurch treiben. Das Gericht verurteilte sie zu 3 Monaten Gefängnis und 300 Złoty Geldstrafe mit der Erlaubnis, diese drei Monate in 3 Jahren absitzen zu dürfen. Der Staatsanwalt hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt.

Vierteljahrsversammlung der hiesigen Frauenhilfe. Am Freitag nachmittag fand im hiesigen Pfarrhause die erste Vierteljahrsversammlung der Mitglieder der hiesigen Frauenhilfe im neuen Jahre statt. Nach einigen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden der Frauenhilfe, Herrn Pfarrer Diestelkamp, folgte Kassenberichterstattung und Entlastung sowie Etataufstellung für das Jahr 1931. In besonders herzlichen Worten gedachte der Vorsitzende der Kassiererin der Frauenhilfe, Frl. Heinold, die gerade an diesem Tage zehn Jahre im Dienste der Frauenhilfe als Kassiererin tätig ist. Zum Schluß wurde noch das am 1. März d. J. in den Sälen des Hotel Bast stattfindende größere Fest der Frauenhilfe erwähnt. Die dabei erzielte Einnahme soll dem Frauenhilfsfonds zugute kommen.

z. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brachen bisher unermittelte Diebe in die Restauration des Herrn Dziegielewski in der ul. Poznańska 1 ein und entwendeten daraus Schnaps und Zigaretten im Werte von 500 zł. Es ist bereits das fünfte Mal, daß in diese Restauration eingebrochen worden ist. Eine energische Untersuchung ist eingeleitet.

z. **Festgenommen** wurden wegen verschiedener in Inowroclaw und Umgegend ausgeführter Diebstähle ein G., St., M., A., T., J., welchen ein großer Teil der gestohlenen Sachen wieder abgenommen werden konnte. Die Geschädigten wollen sich im Kommissariat der Stadt Inowroclaw melden.

Gefunden wurde eine Damenhandtasche mit Inhalt. Die rechtmäßige Eigentümerin kann dieselbe im Kommissariat der Stadt Inowroclaw in Empfang nehmen.

Posener Kalender

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wielki.

Dienstag, 10. 2.: „Der fliegende Holländer".
Mittwoch, 11. 2.: Die schöne Helena".
Donnerstag, 12. 2.: Gastspiel des Japanischen Theaters aus Tokio
Beginn 8 Uhr.

Teatr Polski.

Dienstag, 10. 2.: „Frau Minister".
Beginn 8 Uhr.

Teatr Nowy.

Dienstag, 10. 2.: „Menschen im Hotel".
Mittwoch, 11. 2.: „Menschen im Hotel".
Beginn 8 Uhr

Revue-Theater.

Täglich: „Fort mit der Nacktheit".

Kinos:

Apollo: „Halsbrecherische Kunst".
Casino: „Pat und Patachon als blinde Passagiere".
Colosseum: „Das Mädel mit der Kamera".
Metropolis: „Die Frau des Pharao". (Liedtke und Jannings.)
Odeon: „Die eiserne Maske".
Renaissance: „Die Arche Noah".
Słońce: „Janko, der Musikant".
Wilson: „Wings" (Fliegerfilm).

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Dienstag, 10. Februar

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 6 Grad. Südostwinde. Barometer 761. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur — 5, niedrigste — 6 Grad Cels.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 11. Februar

Tauwetter mit wechselnder Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Westliche Winde.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 7. bis 14. Februar. Altstadt: Apteka Sapieżyńska, Pl. Sapieżyński 1, Apteka pod Eskulapem, Pl. Wolności 13, Apteka pod Złotym Lwem, Stary Rynek 70, Apteka Chwaliszewska, ul. Chwaliszewo 76. Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, ul. Marsz. Focha 47. Jersitz: Apteka pod Gwiazdą, ul. Kraszewskiego 12. Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — **Ständigen Nachtdienst** haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

Nimm Rücksicht auf deine Mitmenschen!
Vermeide unnötigen Aerger!
Streu vor deinem Grundstück Asche oder Sand!

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 12. Februar.

Posen. 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 12: Zeitsignal. 12.35: Von Warschau: Konzert für die Jugend. 14: Börsen- und Marktnotierungen. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 17.45: Von Warschau: Nachmittagskonzert. 19: Viertelstunde Humor. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Solistenkonzert. 21.30: Musikalisches Intermezzo. 22.15: Von Lemberg: Solistenkonzert.

Breslau-Gleiwitz. 9.05: Schulfunk. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.35: Kinderfunk. 16: Aus dem Kaffee „Vaterland": Konzert. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Aus dem Kaffee „Vaterland": Konzert. 18.05: Das wird Sie interessieren. 19: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend Schallplatten. 20.30: Von Berlin: Uraufführung: Gespräche mit Henry Ford. 22.30 bis 0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 10.10: Schulfunk. 12: „Ein Querschnitt" (Schallplatten). 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Berlin: Konzert. 18.30: Hochschulfunk. 19.30: Stunde des Landwirts. 20.25: Von München: Unterhaltungskonzert. 21.05: Von München: „Die Hummel". 21.20: Von München: Konzert. 22.20: Wetter-, Tages-, Sportnachrichten. Anschließend: Von Berlin: Tanzmusik.

Filmschau

„Das Mädel mit der Kamera"

Unbefangene Gemüter behaupten noch immer: die Frauen — ein schwaches Geschlecht. Aber wie stehen die Handlungen der Frau zu dieser Weisheit, besonders das letzte Dokument im Kino Colosseum? Man gehe hin, man wird geläutert wiederkommen. Bebe Daniels als flotte Filmreporterin beseitigt die letzten Zweifel hinsichtlich Schwachheit. Mag ihr größer Konkurrent, Joe Morgan, die halsbrecherischten Touren unternehmen, u. a. das ehrwürdige Haupt der Freiheitsstatue Amerikas als Tummelplatz seiner Filmkünste benutzen, sie ist eben auch da, und wer das letzte Wort hat, läßt sich denken. Von allen Reportagefällen, die übrigens häufig recht erheiternd wirken, liefert sie schließlich doch die besten Aufnahmen. Die Konkurrenz wird klein, kleiner, am kleinsten. — Aber man lernt sich während des täglichen Kampfes auch menschlich näher kennen und schätzen, zum Schluß sogar ... sollte das oben angezweifelte Wort doch stimmen? Die Konkurrenz ist jedenfalls beendet.

Zwei niedliche Trickfilme — ebenfalls der Paramount-Gesellschaft — vervollständigen das wirklich sehenswerte Programm. se.

genden Kapitalismus im sozialen Leben entstandene Unordnung gebe es nur die Heilmittel der Liebe und Gerechtigkeit, die in dem Papst einen unermüdlichen Anwalt gefunden hätten. Der Redner rief die Front aller Gutgesinnten zum Kampf für wahre und echte Kultur und Kunst und damit zum Kampf gegen das Gemeine auf.

Nach einer kurzen Ansprache des Domkapitulars Lichtenberg wurde die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang des Papstliedes geschlossen.

Neues Agrargesetz in England

London, 10. Februar. (R.) Das englische Abgeordnetenhaus nahm das neue Agrargesetz an mit 258 gegen 213 Stimmen. Das Gesetz sieht vor, daß eine Landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaft ins Leben gerufen wird. Diese Genossenschaft will selbst den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Butter, Milch und Eier, vornehmen. Wesentlich ist dabei, daß die neue Organisation das Recht erklärt, die Preise festzusetzen, und daß ihr Zwangsmittel gegen widerstrebende Minderheiten zur Verfügung gestellt werden. In England hofft man, durch diese Neuregelung die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fühlbar herabsetzen zu können, ohne daß dadurch ein Nachteil für den einzelnen Landwirt eintrete. Auf diese Weise soll auch der ausländischen Konkurrenz auf dem englischen Markte entgegengearbeitet werden.

Furchtbare Familientragödie bei Berlin

5 Angehörige und sich selbst erschossen

Berlin, 9. Februar. (R.) In der Ortschaft Gielsdorf bei Strausberg ereignete sich in der vergangenen Nacht eine entsetzliche Familientragödie. Dort erschoß der 32 Jahre alte Chausseearbeiter Ernst Fallner seine Frau, seine beiden Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren sowie die Mutter und die Schwester seiner Frau. Sodann verletzte er seinen ahnungslos von einem Vergnügen heimkehrenden Schwager durch einen Bauchschuß schwer und tötete sich schließlich selbst durch einen Kopfschuß. Fallner wohnte mit seiner Familie in einem kleinen Doppelhäuschen zusammen mit seiner Schwiegermutter Jahnke und deren zwei unverheirateten Kindern im Alter von 13 und 21 Jahren. Er galt als ruhiger und arbeitsamer Mensch; es kam jedoch in der Familie häufig zu Streitigkeiten wegen Geldforderungen, die Fallner an seine Schwiegermutter zu stellen können glaubte. Der unmittelbare Anlaß der entsetzlichen Bluttat ist noch nicht geklärt. Der Schwager Fallners, Robert Brand fand, als er gegen 3 Uhr nach Hause kam, seine Schwester Ella nur mit einem Nachthemd bekleidet blutüberströmt auf der Straße liegen. Sie verstarb ihm unter den Händen. Offenbar hatte sie Hilfe von den Nachbarn holen wollen. Als Brand sich der Haustür näherte, trat ihm Fallner mit der Pistole in der Hand entgegen und begann sofort auf ihn zu schießen. Brand wurde getroffen, konnte aber noch zu den Nachbarn flüchten, die die Polizei alarmierten. Als das Haus umstellt war, fiel plötzlich wieder ein Schuß. Wie sich bald herausstellte, hatte sich Fallner selbst durch einen Kopfschuß getötet. Als die Beamten in das Haus eindrangen, enthüllte sich dann die ganze Tragödie. Die zwei Kinder des Täters lebten noch und wurden nach dem Krankenhaus geschafft, wo sie heute früh starben.



Wieder Unruhen in Indien.
Schwere Steine als Verkehrshindernisse in den Straßen von Bombay, am Trauertag für die vier Nationalisten, die auf Befehl der indischen Regierung wegen des Aufruhrs in Scholapur hingerichtet worden sind. An der Trauerkundgebung, bei der es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Nationalisten und der Polizei kam, nahmen Hunderttausende teil.

Ueberwindung der Vertrauenskrise

Stimmungsumschwung in der Beurteilung der Lage — Verlängerung der kurzfristigen Kredite

Berlin, 9. Februar. (R.) In politischen Kreisen bespricht man lebhaft den bemerkenswerten Stimmungsumschwung, der in den Aeußerungen der Sonntagspresse bei der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck kommt. Der Allgemeine Pessimismus hat darin vielfach einer weit optimisterischen Auffassung Platz gemacht. Rein äußerlich gesehen, geht dieser Wechsel politisch auf die starke Mehrheit zurück, die sich im Reichstag hinter die Regierung Brüning gestellt hat, wirtschaftlich auf die Belebung der Börse. Dahinter aber steht noch ein anderes außerordentlich wichtiges Ereignis, daß es nämlich in den letzten Tagen gelungen ist, die kurzfristigen Auslandskredite, die nur bis zum 15. Februar verlängert worden waren, für weitere drei Monate zu sichern. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, handelt es sich dabei um für die deutsche Wirtschaft recht erhebliche Beträge. Diese Verlängerung steht wieder im Zusammenhang mit der parlamentischen Entwicklung der letzten Woche, die das Vertrauen des Auslandes in die deutschen Verhältnisse erheblich gestärkt hat. Noch am Sonnabend hat ein bedeutender schwedischer Industrie- und Finanzmann in Berlin erklärt, daß das kreditgebende Ausland den größten Wert auf eine weitere geordnete parlamentarische Entwicklung lege, da es fürchte, im Falle einer Diktatur finanzielle Verluste zu erleiden.

In den maßgebenden deutschen Stellen begrüßt man den sich anbahnenden Stimmungswechsel, dessen Bedeutung sich schon daraus ergebe, daß der Kanzler immer wieder unterstrichen hat, welchen außerordentlichen Wert die Wiederherstellung des Vertrauens für die Gesundung hat. Man warnt aber gleichzeitig vor einem rosenroten Optimismus, der die Gefahr von Rückschlägen in sich bergen würde. Nach Ansicht führender Kreise kann die Besserung sich nur allmählich vollziehen, und sie schließt vor allem die Notwendigkeit ein, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems gefunden wird. In diesem Zusammenhang verlautet übrigens, daß ähnlich wie bei der A. E. G. auch in anderen Betrieben die fünftägige Arbeitswoche eingeführt werden soll, durch die weitere Entlassungen vermieden und in absehbarer Zeit die Einstellung weiterer Arbeitskräfte ermöglicht werden dürfte. Auch für die Reichsbetriebe ist an ähnliche Maßnahmen gedacht. Der Reichsarbeitsminister rechnet damit, daß der Brauns-Ausschuß ihm bereits in wenigen Wochen Vorschläge unterbreiten wird, die die Grundlage für die Eingliederung weiterer Kräfte in den Arbeitsprozeß bilden sollen. Ueber dieses Problem haben in der letzten Zeit auch eine Reihe ernsthafter Besprechungen zwischen den Kanzler, dem Reichsarbeitsminister und führenden Männern der deutschen Wirtschaft stattgefunden, woraus sich ebenfalls schließen läßt, daß in der nächsten Zeit alle Anstrengungen unternommen werden sollen, um die Besserung auch auf diesem Gebiete vorwärts zu treiben.

London, 9. Februar. (R.) Zur Reichstagssitzung am Sonnabend liegen englische Pressestimmen vor. Ein konservatives englisches Blatt berichtet, Reichskanzler Brüning habe einen durchschlagenden parlamentarischen Sieg errungen, der ein günstiges Vorzeichen sei für die unmittelbare politische Zukunft Deutschlands und infolgedessen auch für die wirtschaftliche Entwicklung ganz Europas. Ein anderes englisches Blatt, daß dem rechten Flügel der konservativen Partei nahe steht, erklärt, daß die Stellung der Reichsregierung sich entschieden gefestigt habe.

Amerikanische Enthüllung aus der englischen Kriegsdiplomatie

Neuyork, 9. Februar. (R.) „Herald Tribune" veröffentlicht heute an hervorragender Stelle einen ausführlichen Auszug aus einem von George Henry Payne, dem Vorsitzenden des Bürgerausschusses für die Nationalverteidigung, verfaßten Buch, das den Titel führt „England und seine Behandlung Amerikas" und das heute im Buchhandel erscheinen wird. Der Bericht der „Herald Tribune" enthält eine eingehende Darstellung der Mission, mit der die im Sommer 1918 unter der Führung von Sir Maurice de Bunsen von England nach Süd-Amerika entsandte Kommission betraut war. Angeblich bestand die Mission darin, die latein-amerikanischen Länder über die Kriegsziele der Alliierten aufzuklären. Tatsächlich hatte aber die Kommission den Auftrag, mit Brasilien einen geheimen Vertrag abzuschließen, der England besondere wirtschaftliche Vorteile bringen sollte. Präsident Wilson und die amerikanische Regierung erfuhren jedoch von dem bereits im Entwurf vorliegenden Vertrag und verhinderten seine Ratifizierung. Zugleich sorgte jedoch auch die amerikanische Regierung dafür, daß der Zwischenfall nicht bekannt wurde, da sie befürchtete, er würde eine derartig ungünstige Wirkung auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten haben, daß die Fortführung des Krieges dadurch behindert worden wäre.

Aus der Republik Polen

Internationaler Protest

Nach einer Warschauer Meldung hat die Internationale der sozialistischen Rechtsanwälte in Paris gegen die Auflösung der Juristenvereinigung in Warschau Protest eingelegt. Der Protest ist unterzeichnet von: Vandervelde, Otto Lang, Richter in Zürich, Prof. Rosenfeld, Reichstagsabgeordneter, Dr. Koeller, Vizepräsident des tschechischen Senats, vom ehemaligen österreichischen Kanzler Renner und dem französischen Rechtsanwalt Longuet, einem Enkel Marx'.

Ein politischer Monstreprozeß

Lodz, 8. Februar. Die Ergebnisse der Untersuchung gegen die vor einigen Tagen im Zusammenhang mit einem Geheimkongreß der PPS Linken verhafteten Personen lassen darauf schließen, daß in Lodz einer der größten politischen Prozesse der Welt stattfinden wird. Die Untersuchungsakten umfassen 578 Schreibmaschinenseiten. Unter den Verhafteten befinden sich 257 Lodzer, während die übrigen aus anderen Gegenden Polens stammen. Die Untersuchungsbehörden haben sich entschlossen, beim Innenministerium in Warschau mit dem Antrage einzukommen, die Legalisierung der PPS-Linken für ungültig und sie als gleichgestellt mit den Kommunisten zu erklären. Zur Verhandlung, die nicht eher als im Herbst stattfinden wird, sind etwa 1500 Zeugen geladen worden.

Der Warschauer Prozeß

Warschau, 9. Februar. Die Verteidiger im Prozeß des Zentrolew brachten am Sonnabend den Ausschließungsantrag gegen den Verhandlungsvorsitzenden Neumann ein, der den Zeugen die Aussagen durch ironische Bemerkungen erschwert hatte. Der Staatsanwalt erklärte sich gegen den Antrag, und der Vorsitzende teilte nach einer Beratung mit, daß der Antrag unberücksichtigt gelassen werde, da er der Rechtsgrundlagen entbehre. Daraufhin beantragte Rechtsanwalt Rudzyński die Verhandlungen wegen Krankheit der Frau Dr. Budzyńska-Tylicka zu vertagen. Das Gericht ordnete eine Pause an und gab dann die Erklärung ab, daß eine Unterbrechung nicht im Interesse der Angeklagten liege, und daß deshalb Frau Dr. Budzyńska-Tylicka ausgeschaltet werden müsse, wogegen die Verteidigung energisch protestierte. Der Staatsanwalt kündigte an, die Verteidiger zur Verantwortung zu ziehen. Schließlich hat das Gericht die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Im Zusammenhang damit soll von Oppositionsparteien beim Sejmmarschall der Antrag eingebracht worden sein, daß die Abteilungsvorsitzenden und Vizevorsitzenden nicht der Präsident des Obersten Gerichts, sondern die Kollegien ernennen sollten.

Die letzten Telegramme

Hervés Verständigungsartikel in Buchform

Paris, 10. Februar. (R.) Der Direktor der „Victoire", Gustav Hervé, teilt mit, daß er die in seiner Zeitung veröffentlichte Artikelserie, in der er für die deutsch-französische Annäherung durch die nationalen Kreise beider Länder unter Revision gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages eintrat, nunmehr in Buchform herausgeben werde. Das Buch wir diese Woche erscheinen.

Gerettet

Buffalo, 10. Februar. (R.) Gestern wurden die letzten drei Fischer gerettet, die auf einer losgebrochenen Eisscholle auf dem Erie-See umhertrieben. Sie hatten 2 Tage und Nächte auf dem Eise zugebracht.

Gestellungsbefehl an Fliegermajor Franko

Paris, 10. Februar. (R.) Nach einer im „Petit Parisien" veröffentlichten Agenturmeldung aus Madrid enthält das Amtsblatt die Aufforderung an den ehemaligen Fliegermajor Franko, sich binnen 30 Tagen einem Militärgericht in Madrid zu stellen.

Vorkriegspolicen

Die seit einigen Wochen in Warschau gepflogenen Verhandlungen mit Vertretern der österreichischen Regierung über die Aufwertung der Vorkriegs-Lebensversicherungspolicen haben am Sonnabend zur Vereinbarung der Grundsätze des Vertrages geführt, an dessen endgültiger Abfassung noch gearbeitet wird.

Hoover für beschleunigte Deportierung lästiger Ausländer

Washington, 10. Februar. (Reuter R.) **Präsident Hoover hat den Bundeskongreß um die Bewilligung von weiteren 500 000 Dollar für das Einwanderungsbüro ersucht, damit dieses die Deportierung lästiger Ausländer beschleunigen könne.**

Begnadigung Macias?

Paris, 10. Februar. (R.) **Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Barcelona soll der Führer der catalanischen Autonomisten, Oberst Macia, von den Behörden begnadigt worden sein.**

Der Prozeß gegen die spanischen Revolutionäre

Madrid, 10. Februar. (R.) **Das spanische Militärgericht schloß die Voruntersuchung ab im Prozeß gegen die 77 Offiziere und Unteroffiziere, die an dem Dezemberaufstand beteiligt waren. In spanischen politischen Kreisen nimmt man an, daß 4 oder 5 der Angeklagten zum Tode, mehrere andere zu Zwangsarbeit verurteilt werden.**

Abrüstungsruf

London, 10. Februar. (R.) **Für die Abrüstung spricht sich das Blatt der regierenden englischen Arbeiterpartei aus. Im Anschluß an die gestrige Abrüstungsrede des englischen Außenministers Henderson fordert das Blatt die ganze englische Oeffentlichkeit auf, den Feldzug für die Abrüstung zu unterstützen. Die englische Zeitung schreibt, daß die Weltabrüstungskonferenz den Völkerbund auf die Probe stellen werde. Diese Konferenz werde ein Wendepunkt in der Weltgeschichte sein, sei es nun, daß sie zu dauerndem Frieden führe, oder sei es, daß diese Konferenz künftig Kriege unvermeidlich mache.**

Tod der Tochter Meyerbeers

Salzburg, 10. Februar. (R.) **Im Alter von 92 Jahren starb hier die Baronin Cäcilie von Andrian, Tochter des Komponisten Meyerbeer.**

Prozeß über einen Anschlag auf die Sowjetgesandtschaft

Der Vizeprokurator beim Warschauer Appellationsgericht, Jerzy Nisenson, hat dem Bezirksgericht die Anklageschrift gegen Jerzy Polański, der wegen Vorbereitung eines Anschlags auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau angeklagt ist, zugehen lassen. Die Angelegenheit dürfte demnächst vor der 9. Strafkammer zur Verhandlung kommen.

Entgleister Zug

Frankfurt a. M., 10. Februar. (R.) **Heute nacht entgleiste von dem Schlafwagenzug D 4 Frankfurt a. M.—Basel bei der Durchfahrt des Bahnhofes Gernsheim der Packwagen und der nachfolgende Schlafwagen. Personen wurden nicht verletzt. D 4 erlitt eine Verspätung von 150 Minuten. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht geklärt.**

Die preußische Knute

22 polnische Schulen im Kreise Flatow

Flatow (Grenzmark), 9. Februar.

Den Bestrebungen des „Polnischen Schulvereins" ist es gelungen, in kurzer Zeit im Kreise Flatow 22 polnische Schulen zu errichten, in denen von 34 Lehrern 868 Kinder unterrichtet werden. Den polnischen Schulen stehen nur 70 deutsche Volksschulen mit 5053 Kindern gegenüber. Außerdem bestehen im Kreise acht polnische Kindergärten für vorschulpflichtige Kinder, während nur vier deutsche Kindergärten vorhanden sind.

Die Lage in Spanien

Madrid, 10. Februar. (R.) Uber die bevorstehenden spanischen Wahlen sprach der Führer der spanischen liberalen Partei, Graf Romanones. Er erklärte in einer Sitzung des Liberalen Klubs, daß er nicht verstehen könne, weshalb man sich dem politischen Kampf entziehen wolle. Aber diejenigen Parteien, welche die Wahlbeteiligung ablehnten, täten das, weil sie meinten, daß die Wahlenthaltung die wichtigste revolutionäre Tat sei. Die Liberalen aber wollten nicht Revolutionäre sein. Selten habe Spanien es so nötig gehabt, wie jetzt wieder, zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Auch die Liberalen wollten eine verfassunggebende Versammlung, um den Staatsaufbau grundlegend zu ändern. Die Liberalen erklärten aber den Grundsatz der Monarchie für unantastbar.

Aus anderen Ländern

Schwere Stürme

Odessa, 9. Februar. (R.) Auf dem Schwarzen Meer herrschen wieder schwere Stürme. Die Schiffsverbindungen zwischen der Türkei und Rußland sind unterbrochen. Mehrere Schiffe, die am Freitag den russischen Hafen verlassen hatten, sind noch nicht an ihrem Bestimmungsort eingetroffen. Man befürchtet ihren Untergang.

Friede im englischen Bergbau

London, 10. Februar. (R.) Im englischen **Bergbaugebiet von Süd-Wales sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch einen dreijährigen Vertrag endgültig beigelegt worden. Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich auf die Löhne und die Arbeitszeit. Diese Differenzen wurden zunächst nach einem 18tägigen Streik der Bergarbeiter Mitte Januar durch einen Waffenstillstand beendet. Den damaligen vorläufigen Vereinbarungen ist nun ein endgültiger Vertrag gefolgt.**

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal.** Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf.** Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Unsere teure und geliebte Mutter, die Diakonisse Oberin

Gräfin Clementine von der Goltz

die Begründerin unseres **Diakonissen-Mutterhauses „Ariel"-(Wolfshagen)** schied von uns, als Gott sie am 7. Febr. 1931 im 82. Lebensjahre heimrief nach treuer Arbeit und unermüdlichem Liebesdienst an den Elenden des Herrn in einem 49jährigen Diakonissenleben.

Solches geschieht auch von dem Herrn Zebaoth; denn sein Rat ist wunderbarlich, und er führet es herrlich hinaus! Jes. 28, 29.

Die Schwesternschaft.

Ksiąszkowo (Wolfshagen), den 7. Febr. 1931.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Februar 1931 um ½3 Uhr nachmittags in Wolfshagen statt.

Bank für Handel und Gewerbe Poznań
Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu, Spółka Akcyjna
Brutto-Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva.

Kasse	215 477,63	
Guthaben bei Bank Polski und P.K.O.	425 793,08	
Guthaben bei Bank Gospodarstwa Krajowego	49 690,—	690 960,71
Sorten		69 097,90
Eigene Wertpapiere:		
a) Staatspapiere	24 566,44	
b) Obligationen	910,—	
c) Aktien	252 837,76	278 314,20
Beteiligungen		452 937,37
Wertpapiere des Reservefonds		156 950,37
Loro inländische Banken		435 694,66
Nostro inländische Banken	12 106,89	
Nostro ausländische Banken	297 601,32	309 708,21
Diskontierte Wechsel:		
a) inländische	4 450 493,99	
b) ausländische	60 969,25	4 511 463,24
Protestierte Wechsel		320 376,08
Debitoren:		
a) gedeckte		
1. durch Wertpapiere	627 202,79	
2. „ Wechs. m. 2 Unterschriften u Bürgsch.	3 968 541,48	
3. „ Hypotheken	4 848 487,68	
4. „ Waren u. Frachtbr.	355 708,65	
b) ungedeckte	1 359 303,04	11 159 243,64
Mobilien		3 160,28
Immobilien		82 686,—
Handlungsunkosten		1 091 480,28
Grundstücksunkosten		2 123,20
Verrechnungen:		
a) Zentrale mit Filialen	505 526,71	
b) Filialen mit Zentrale	289 130,98	
c) Filialen unter sich	21 703,20	816 360,89
Vorübergehende Rechnungen		17 578,68
Hypotheken		1,—
		20 398 136,71
Erteilte Bürgschaften		239 048,42
Inkasso		1 736 807,44
		22 373 992,57

Passiva.

Aktienkapital		2 000 000,—	
Reserven		303 300,—	2 303 300,—
Einlagen:			
a) befristete über 3 Monate	617 021,45		
ü. 14 Tg. b. 3 Mon.	7 387 716,63	8 004 738,08	
b) unbefristete		1 624 286,18	9 629 024,26
Konto-Korrent-Kreditoren			3 174 967,56
Inkasso-Verpflichtungen			2 783,83
Rediskontierte Wechsel:			
a) im Inlande		417 801,03	
b) im Auslande		1 578 838,76	1 996 639,79
Loro inländische Banken		208 931,23	
Loro ausländische Banken		372 136,12	581 067,35
Nostro inländische Banken		11 876,—	
Nostro ausländische Banken		258 736,85	270 612,85
Ueberweisungen an die Bank			10 786,26
Hypotheken			2 268,50
Zinsen und Provisionen:			
a) vereinnahmte	2 258 013,62		
b) gezahlte	1 066 218,66		1 191 794,96
Kursdifferenzen			145 710,17
Einnahmen aus dem Grundstück			3 107,60
Wertpapiere			7 550,83
Verrechnungen:			
a) Zentrale mit Filialen		289 130,98	
b) Filialen mit Zentrale		505 526,71	
c) Filialen unter sich		21 703,20	816 360,89
Vorübergehende Rechnungen			92 527,09
Gewinn aus den Vorjahren			1 748,42
Zinsreserve			127 764,68
Eingang früh. abgeschr. Beträge			9 682,35
Zinsen u. Provis. für d. Jahr 1931			30 439,32
			20 398 136,71
Bürgschaftsverpflichtungen			239 048,42
Inkasso			1 736 807,44
			22 373 992,57

Bank für Handel und Gewerbe Poznań
Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu, Spółka Akcyjna